

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittage jedes Werttages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Augusthälfte 40000.— M., freibleibend. Einzelverkaufspreis 3000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.



Die Anzeigengedichte betragen pro die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 5000.— Mark, auswärtige 6000.— Mark, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4000 M., für Reklamen 20000.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 177.

Mittwoch, 1. August 1923.

30. Jahrgang.

Was muß geschehen?

Von Paul Herx.

Im Juli ist der Dollar an der Berliner Börse trotz Einheitskurs und künstlichem Druck von 160 000 auf 1 100 000 gestiegen. Das ist die größte und schnellste Steigerung, die bisher in der Geschichte des deutschen Währungsverfalls zu verzeichnen ist. Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung vorausgesehen. Seit der Ermordung Rathenaus hat sie deshalb unablässig darauf gedrängt, daß durch eine aktive Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Anreiz und die Mittel zur Spekulation gegen die Mark genommen werden. Ferner sollte durch wertbeständige Anlagemöglichkeiten der Flucht in die Waren und in die Devisen vorgebeugt werden. Aber die kapitalistischen Kreise der Wirtschaft, die an der Geldentwertung stark verdienen, waren zu mächtig und die Staatsgewalt zu schwach. Jede systemvolle und energische Politik, die den Markverfall aufhalten wollte, wurde verhindert. Erst als der Markverfall bereits eingetreten war, entschloß man sich zur Durchführung der einen oder anderen Teilmaßnahme.

Es kam die Ruhraktion. Die Ausgaben des Reiches stiegen gewaltig. Millionen Menschen, die bisher Steuerzahler waren, wurden nun Unterstützungsempfänger. Neue Einnahmen des Reiches wurden notwendig, um alle Anforderungen zu erfüllen. Daher hat die Sozialdemokratie von Beginn der Ruhraktion an die Schaffung neuer Einnahmen verlangt mit dem Ziele, die Ausgaben ohne Inanspruchnahme der Notenpresse zu decken. Besonders als die Unterstützungssaktion Anfang Februar eingeleitet wurde, wies die Sozialdemokratie mit dem denkbar größten Nachdruck darauf hin, daß die Notenpresse der im Hinterhalt liegende, heimtückische und gefährliche Gegner der Stützungsaktion sei. Nur wenn es gelinge, die Notenpresse still zu legen, könne mit längerer Dauer der Stützungsaktion gerechnet werden.

Reichsregierung und bürgerliche Parteien waren diesen Ermüdigungen vollständig unzugänglich. Volkswirtschaftlicher Dilettantismus und politische Demagogie vereinten sich zu der Parole „Preisabbau“. Es blieb aber bei dieser Parole, Wirksamkeit hatte und konnte sie nicht haben. Dafür wurden aber die Einnahmen des Reiches abgebaut. Das Geldentwertungsgesetz wurde zum Steuerentwertungsgesetz. Leistungsfähige Kreise des Volkes wurden von der Einkommen- und Körperschaftsteuer so gut wie befreit. Der Abbau der Kohlensteuer wurde zu einem Kriegen Geschenk an die Kohlenindustrie und die verarbeitende Industrie. Die künstliche Ermäßigung der Tarife von Eisenbahn und Post wirkte in der gleichen Richtung. Die Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide wurde zum Billionengeschenk an die Agrarier. Kurz: man wirtschaftete, als ob man schier unerlöschliche Steuerquellen zur Verfügung hatte. Statt dessen hatte man nur die Notenpresse. Fast neun Zehntel aller Ausgaben des Reiches in den Monaten Januar bis März 1923 wurden mit ihrer Hilfe finanziert. Der Zusammenbruch der Stützungsaktion für die Mark am 18. April war das unausweichliche Ergebnis.

Aber selbst dieser der ganzen Welt sichtbare Bankrott einer von Interessenwünschen stark beeinflussten Politik brachte keine Aenderung. Erneut unternahm die Sozialdemokratie den Versuch, Regierung und Parteien zu aktiver Steuerpolitik zu drängen. Beglück! Wo der Geldbeutel beginnt, hört das Verantwortungsbewußtsein vor Staat und Volk auf. Wo spitze Argelns drohen, erlahmt der größte Mut und steigt die Wurzigkeit über die Einsicht. Der Wagen rollt unaufhaltsam dem Abgrunde zu. Seine Lenker hoffen auf das Wunder, das sie vor dem Zerbrechen im Abgrunde retten.

Dieses Wunder gibt es nicht. Unsere jetzige Lage ist das Ergebnis jener ungeheuren Finanzzerrüttung, die entstanden ist durch den außenpolitischen Druck und die innerpolitische Unzulänglichkeit. Unsere schwebende Schuld vermehrt sich um zwei Billionen täglich. Unsere Steuereinnahmen decken nur zwei bis drei Prozent unserer Ausgaben. Beschlossene Steuern werden entwertet und verpölet entrichtet. Das Reich trägt die gesamten Lasten aus der Inflation. Solange dieser Zustand andauert, ist der Verfall der Währung, der Verfall der Wirtschaft, das Anwachsen der Not und die Verschärfung der innerpolitischen Zustände nicht aufzuhalten.

Wir müssen deshalb den Versuch unternehmen, die Finanzverhältnisse des Reiches zu heben. Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Bisher sagte man, daß die Besteuerungen in Deutschland bis zur Unerträglichkeit angespannt seien und weitere Lasten nicht ertragen werden könnten. Das war falsch und das ist falsch! Die Inflation hat alle Besteuerungen unterhöhlt und unwirksam gemacht. Jetzt gilt es, sie wertbeständig zu machen, die volle Last der Geldentwertung den Steuerpflichtigen aufzuerlegen, das Reich vor der Entwertung der Steuern zu schützen. Da dieser Umbau des Steuersystems aber Zeit erfordert, mehr Zeit, als uns gegenwärtig die steigenden Klagen lassen, so müssen Notmaßnahmen getroffen werden, die sofort wirken und uns damit die Zeit schaffen, die wir zur endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen gebrauchen.

Von diesen Gedankengängen ausgehend, wollen die finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie, daß durch Zuschläge die bereits bestehenden Steuern die Reichseinnahmen in kürzester Frist so erhöht werden, daß auf die Arbeit der Notenpresse ganz oder im größten Umfange verzichtet werden kann. Es soll keineswegs verkannt werden, daß solche mechanischen Zuschläge Unge-

rechtheiten mit sich bringen. Für diejenigen, deren Einkommen nicht gleichen Schritt mit der Geldentwertung hält, wird die Entwertung dieser Steuern in kurzer Frist wahrscheinlich manchmal eine Härte bedeuten. Soll man aber deshalb auf diese Maßnahmen überhaupt verzichten? Sicherlich wird das von jenen Gruppen, die bisher jede wirksame Besteuerung des Besitzes zu verhindern mußten, auch diesmal wieder versucht werden. Demgegenüber sei nur auf zwei Tatsachen hingewiesen. Ohne drakonische Maßnahmen gibt es überhaupt keine Rettung. Dann wird der Verfall der Wirtschaft und der Verfall Deutschlands unaufhaltbar. Keine Besteuerung ist so ungerecht und zerstörend als die Inflationssteuer. Auch der mechanischste Maßstab der Vielfachung der Einkommensteuer und Zwangsanleihe usw. ist ein Ideal an Gerechtigkeit gegenüber der Besteuerung durch die Notenpresse.

Auf die einzelnen Steuervorschläge der Sozialdemokratie einzugehen, behalten wir uns vor. Auch eine Erörterung der Vorschläge der Regierung muß zurückgestellt werden, bis sie auf ihre Wirksamkeit hin genau geprüft worden sind. Die Sozialdemokratie will aber nicht nur finanzpolitische Maßnahmen. Sie stellen zwar das Kernstück der Maßnahmen dar, von denen eine Entspannung der Lage zu erwarten wäre. Sie müssen aber unterstützt werden durch andere Maßnahmen, die das Problem von der Währungsseite her anfassen. Neben der Finanzzerrüttung hat nichts so sehr zum Währungsverfall beigetragen wie die Geldpolitik der Reichsbank. Die Reichsbank ist die einzige Stelle im Deutschen Reich, für die Mark gleich Mark ist. Ob man heute eine Million Mark für einen Dollar geben muß oder in einer Woche zwei Millionen für denselben Dollar, ist Herrn Havenstein ganz gleichgültig. Er leibt Mark aus und nimmt denselben Betrag an Mark zurück. Diese Kreditpolitik der Reichsbank hat zu der ungeheuerlichsten Bereicherung der Sachwertbesitzer und Spekulanten geführt. Bereits im Unternehmungsausschuß über die Markstützung haben wir darauf hingewiesen, daß derjenige, der am 1. Januar 1922 den Gegenwert für 100 000 Doppelzentner Weizen geliehen hat und diese Schuld alle drei Monate abdeckte, um eine neue Schuld in derselben Höhe aufzunehmen, Anfang Juni 1923 einen Vermögenszuwachs von rund 66 Milliarden Mark bzw. einen Zuwachs von 34 599 Doppelzentner Weizen gehabt hat. Die Reichsbank selber hat also die Mittel geliefert, mit denen auf den Verfall der Mark spekuliert wurde und die Stützungsaktion zerschellte. Die jetzige Reichsbankleitung muß deshalb verschwinden. Erst dann ist die Verwirklichung der Forderung zu erwarten, daß Kredite nur aus der Goldbasis gegen Goldzins gegeben werden dürfen.

Neben diesen beiden Maßnahmen aber ist erforderlich die Ausgabe einer wertbeständigen Reichsanleihe. Sie ist jetzt endlich für die nächsten Tage zu erwarten. Aber wenn sie nicht gesichert wird durch die Sachwerte der Wirtschaft oder das Gold der Reichsbank, oder auch provisorisch auf eine andere Weise, ist nicht damit zu rechnen, daß sie die großen Beträge bringt, die neben den neuen Steuereinnahmen zur Deckung der Reichsausgaben notwendig sind. Hand in Hand damit aber muß auch eine neue Stützungsaktion gehen. Reichsregierung und Reichsbank haben es ja leider so weit gebracht, daß das Vertrauen zu wirksamen Eingriffen auf den Devisenmarkt sehr gering geworden ist. Deswegen, und weil das Problem von allen Seiten her angepackt werden muß, muß man auf die reichen Devisenbestände der Wirtschaft zurückgreifen und sie für Stützungs Zwecke der Mark verwenden. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, ist aus leicht begreiflichen Gründen in den Forderungen der Sozialdemokratie nicht dargelegt. Das Wort der deutschvolksparteilichen „Zeit“: „Degoutie habe Helfershelfer in Deutschland“ mahnt zur Vorsicht.

Die Absichten der Reichsregierung haben nicht den Eindruck erweckt, daß durch sie die große besetzende Tat eingeleitet wird, die wir zur Rettung in letzter Stunde gebrauchen. Das ist, von allem anderen abgesehen, der schwerste Mangel der Regierungserklärung. Solange nicht bei den Inflationisten der Wirtschaft der Eindruck entsteht, es werden wiederum nur halbe Maßnahmen getroffen, die Inflation geht weiter, ändert sich ihre Haltung nicht. Deshalb ist der Grundsatz der sozialdemokratischen Forderungen: keine halben Maßnahmen, sondern ganze! Keine Maßnahmen für die Zukunft, sondern erst Maßnahmen für den unmittelbaren Augenblick! Rückwärtslose Bekämpfung der Finanzzerrüttung, der Inflation, der Geldpolitik der Reichsbank, Tragung der bisher durch die Inflation entstandenen Lasten durch den Besitz!

Gewerkschaftsvertreter bei Cuno.

Am Montag versammelten sich die Vertreter sämtlicher gewerkschaftlicher Spitzenverbände in der Reichskanzlei, um dem Kabinett Cuno ihre einhellige Meinung zu sagen. Der Reichskanzler Cuno eröffnete die Sitzung mit einer ausführlichen Erläuterung seiner bisherigen Politik. Aus diesem Teil seiner Rede verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß er betonte, sein Bestreben sei gewesen, den Widerstand an der Ruhr in seiner ursprünglichen Passivität zu erhalten, es nicht zur Aktivität kommen zu lassen. Es sei

auch immer wieder versucht worden, die Teuerung einzudämmen, wir hätten aber keine Gewalt über den Stand der Mark und der Devisen an der Börse erreicht. Die Aktionen in dieser Richtung hätten erwiesen, daß wir um deswillen keinen Einfluß auf die Mark haben, weil sie auch im Auslande gehandelt werde und bis dorthin reiche kein Einfluß einer deutschen Regierung! Jetzt solle dem Volke ein wertbeständiges Anlagemittel gegeben werden. Der Anleiheprospekt werde noch im Laufe dieser Woche herausgegeben werden. Selbstverständlich sei es empörend, daß bestimmte Schichten des Volkes sich des Ernstes der Lage nicht bewußt seien. Hier müsse aber die Exekutive der Länder einsehen. Er könne nicht die Lokale in der Friedrichstraße und am Kurfürstendammschließen.

In der Ansprache kam sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zu der Reichsregierung verloren haben. Das Ergebnis der Sitzung mußte nach den Ausführungen des Reichskanzlers, die sich im wesentlichen mit der Vergangenheit beschäftigten, ein mageres sein.

Leipart, als der erste Sprecher der Gewerkschaften, gab jenem Gefühl unumwunden Ausdruck. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften wiederholt Vorschläge gemacht hätten, daß immer wieder gesagt worden sei, diese Forderungen würden geprüft und berücksichtigt, zuletzt sei dann doch nichts gekommen. Leipart besprach dann die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Innern, die Ernährungsschwierigkeiten, die Zusammenhänge der Geldentwertung und die unzureichenden Maßnahmen der Regierung gegen diese Tatsachen. Besonders charakteristisch für die Haltung der Regierung sei beim Beginn der jetzigen Stützungsaktion ihre positive Erklärung gewesen, daß es gelingen werde, den Dollar auf 20 000 Mark zu halten. In diesem Glauben habe die Reichsregierung die Aktion gegen die Löhne unternommen. Nichts sei geschehen gegen die Steuerdefraudation, und was geschehen sei, sei daneben gehauen.

Knosel vom ADGB. entwickelte dann im einzelnen Vorschläge der Gewerkschaften aller Richtungen, denen sich auch die Christlichen in allen wesentlichen Punkten durch ihren Sprecher Balktruch ausdrücklich anschließen, obwohl sie schon ein eigenes Memorandum an die Reichsregierung gesandt haben. Knosel forderte: Auf dem Gebiete der Steuerpolitik sei es notwendig, die volle Wertbeständigmachung durchzusetzen und die vielerlei Möglichkeiten der Spekulation der Steuerpflichtigen auf dem Rücken des Reiches rücksichtslos zu beseitigen. Die Deckung der Staatslasten auf längere Sicht müsse durch die sofortige Erhebung einer Goldmarksteuer auf den land- und forstwirtschaftlichen benutzten Boden und durch eine gleichartige Belastung von Industrie und Handel erfolgen. Dazu sei es notwendig, eine wertbeständige Vermögenssteuer zu schaffen und eine innere Goldanleihe auszugeben, die für die Sparkassen die Unterlage zur Schaffung wertbeständiger Renten sein müsse. Um dem Ausland den Beweis von dem Erfüllungswillen Deutschlands zu geben, seien die in der Note vom 7. Juni dieses Jahres der Entente zugesagten gesetzgeberischen Maßnahmen sofort dem Reichstage vorzulegen. Die Währungspolitik müsse raschestens auf wertbeständige Grundlage geführt werden. Dazu müßten die notwendigen Änderungen in der Organisation der Reichsbank vorgenommen werden. In Zukunft habe auch die strengste Kontrolle der aus dem Export anfallenden Devisen stattzufinden.

Die Debatte ergab trotz der verschiedensten Anfragen durch die Gewerkschaften wenig positive Ausblicke für künftige rasche und umfassende Maßnahmen der Reichsregierung. Auch die eingehenden Erläuterungen des Reichskanzlerpräsidenten über seine Währungspolitik wirkten nicht überzeugend. So mußte die wichtige Besprechung der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler enden wie befürchtet worden war, reichlich unbefriedigend.

Die Tagesordnung der ersten Reichstagsitzung.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung, die für Mittwoch, den 8. August, nachmittags 3 Uhr, anberaumt ist, steht vorläufig die erste Lesung des Rhein- und Ruhrpaktens und der Entwurf eines Steuerzinsgesetzes. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Steuerentwürfe und die Goldanleihe, die in diesen Tagen die endgültige Fassung durch das Reichskabinett erhalten, ebenfalls auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen werden. Voraussetzlich wird nicht nur Reichsfinanzminister Dr. Hermes diese Vorlage als zuständiger Ressortminister begründen, sondern wahrscheinlich wird auch der Reichskanzler selbst das Wort ergreifen, um die Auffassung der Regierung über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage vor dem Parlament zu vertreten.

London ist pessimistisch.

U. London, 1. August. Die englische Regierung beschäftigt sich nach wie vor eingehend mit den alliierten Antworten auf den englischen Antwortentwurf an Deutschland. Nach wie vor wird über den Inhalt der französischen und belgischen Note strengstes Stillschweigen bewahrt. Die Presse kann aber nicht verhehlen, daß die Schwierigkeit, zu einer gemeinsamen Antwort der Alliierten an Deutschland zu kommen, gemindert ist. Es steht nunmehr ziemlich fest, daß Baldwin und Curzon am Donnerstag in den beiden Häusern des Parlaments Erklärungen über die außenpolitische Lage abgeben werden. — Baldwin erklärte gestern im Unterhaus, daß das Parlament, wenn es notwendig erscheinen werde, während der Ferien zu einer Sitzung zusammenberufen werde, um die Entwertung der Dinge zu diskutieren.

Sport.

Mittwoch, 1. August, abends 8 Uhr, Kartellführung bei Sender, Handstraße. Erscheinen bringend erforderlich.

Die Kreismeisterschaften des 3. Kreises im Fußball wurden am Sonntag trotz des kältesten Wetters ausgetragen. Manches schönes Spiel wurde gezeigt, alle Mannschaften spielten mit Eifer und Hingebung.

Table with 2 columns: Team Name and Score. Includes teams like Rotenburger, Kücknitz, Schwerin, etc.

Der Bericht vom 3. Kreis in der Bundesmeisterhaft des Reiches. Wir wünschen der Mannschaft alles Glück für den Erfolg.

Gewerkschaften.

Das Resultat der Metallarbeiterwahlen. Das Resultat der Metallarbeiterwahlen für das Reich bis Sonnabend morgen ist: 204 Delegierte Amsterdam, 112 Moskau.

Die Gewerkschaften und Nationalität. Aus Rom meldet Europa: In Vordergrund des politischen Interesses stehen gegenwärtig die Anterredungen Mussolinis mit den Führern des Gewerkschaftsbundes.

Staatliche Arbeiterlagen. Das Reichsministerium für Arbeit hat einen Gesetzentwurf ausgearbeitet, welcher die disziplinarische Bindung von Dienstverträgen mit Arbeitnehmern für einen bestimmten, sehr weit gezogenen Kreis von Personen im Dienst und Arbeitsverhältnis vorsieht.

Der Kreis von Personen, die jetzt durch ihr Dienstverhältnis disziplinarischen Arbeitstrafen ausgesetzt sind, ist ein gewaltiger. Man gebietet zunächst alle diejenigen Personen, an deren Dienst sich die innere Ordnung und Erhaltung der Sicherheit bezieht, wozu auch Hausmeister, Wärter und Wärterin gerechnet werden können.

zwei Wochen. Der neue Entwurf läßt dem freien Ermessen der Verwaltung weite Grenzen und verächtlicht die Lage der von ihm erfaßten Arbeiterkategorien bedeutend.

Die Aburteilung solcher Fälle würde dem Sinne des Gesetzes widersprechen. Was die anderen Kleinigkeiten betrifft, die keinerlei Schäden im Gefolge haben und lediglich den Betrieb angehen, so hätte es genügt, es bei der bisherigen Befugnis der Betriebsleitung zu belassen.

Die deutsche Betriebsrätegesetz eine Forderung zum Besseren brachte, haben die deutschen Gewerkschaften einen jahrelangen harten Kampf geführt gegen den Zustand, daß Unternehmerwillkür dem Arbeiter im Betriebe eine Geldstrafe auferlegen konnte.

Neue Bücher.

(Alle hier besprochenen Bücher sind durch die Buchhandlung des „Lübecker Volksboten“ zu beziehen.)

„Der werthbändige Lohn.“ Ein gemeinverständlicher Leitfaden mit praktischen Beispielen. Herausgegeben vom Afa-Bund. Von den Arbeitnehmern wird es vielleicht als Mangel empfunden, daß bisher zu wenig praktische Ratsschlüsse für das Verhalten bei Tarifverhandlungen über die Werthbändigkeit der Löhne gegeben wurden.

„Zur Philosophie des Sozialismus.“ Ein Lebensbild von Josef Dietzgen von H. Geyo. Verlegt bei J. H. W. Dietz Nachf.

G. m. b. H., Berlin 1923. Grundzahl 250. Auf dem internationalen sozialistischen Kongress in Haag 1872 stellte Karl Marx den Logiker Josef Dietzgen als „unseren Philosophen“ vor.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.)

Der Kleidungstreik der Straßenbahner.

Bezüglich der Differenzen wegen der Dienstkleidung zwischen der Direktion und dem Fahrpersonal der Straßenbahn, fühlen wir uns veranlaßt, folgende Aufklärung zu geben:

Bisher wurde die Dienstkleidung für die unregelmäßige Arbeitszeit und folgende Leistungen gemacht. In den anderen städtischen Betrieben und den Werkstätten und Gleisbau der Straßenbahn, sowie an allen anderen arbeitsmäßigen Löhnen wird für die Sommer- und Festtagsarbeit, welche durch die Natur des Betriebes bedingt sind ein Zuschlag von mindestens 25 Prozent, und für die in der Woche fallenden gesetzlichen Feiertage ein solcher von 75 bis 100 Prozent gezahlt.

Infolge dieser Einbuße hat das Fahrpersonal einen Lohnausfall nach dem heutigen Lohn berechnet, per Jahr von 2 525 000 Mark per Mann. Dazu sollte nun noch 4 Prozent des jeweiligen Lohnes für Dienstkleidung kommen, welches eine Summe von 1 832 000 Mark per Jahr ausmacht.

Dafür sollte an Dienstkleidung gegeben werden: alle Jahre eine Mütze, alle zwei Jahre eine Hose, alle drei Jahre einen Rock und alle vier Jahre einen Mantel. Das Zeug würde nach Ablauf dieser Tragezeit Eigentum des Personals werden.

Nur im Augenblick noch ein Kleiderbestand von alten und neuen Sachen, außer der jetzt abgelieferten Uniform vorhanden, womit das Personal wenigstens 4-5 Jahre auskommen kann.

Man vergleiche uns nicht mit den uniförmtragenden Beamten; denn wir Straßenbahner sind nur Arbeiter und werden nicht in die Rechte der Beamten gestellt, sondern bei allen früheren Lohnverhandlungen wurden wir noch abendrein infolge der freien Dienstkleidung als niedrigste Gruppe entlohnt.

Da nun wohl das größte Interesse an Tragen von Dienstkleidung auf Seiten der Verwaltung liegt, würde diese in diesem Falle kostlos angesehen, obgleich sie doch den Hauptanteil zu tragen hätte; denn Straßenbahner in Zivil gibt's wohl nirgend anders als in Lübeck!!

Der Arbeiterrat der Lübecker Straßenbahn.

Eine Entsetzungskur

Sollten alle Korpusculen vornehmen. Wir raten Ihnen, 80 Gramm echte Lohuba-Kerne zu kaufen, die wirksame, völlig unschädliche, fettzählende Stoffe enthalten, davon nehmen Sie 2mal täglich 1-2 Stück. Sicher erhältlich: Adler-Apothete, Mengstr. 10.

Amtlicher Teil

Senator Dr. Stook hat den Vorsitz in der Vorstandskommission im Denkmalrat und in der Vorstandskommission des Heiligen Geist-Hospitals wieder übernommen.

Der Senat hat den Kreismeister Carl Hargus in Travenmünde auf sein Ansuchen aus dem Amte eines stellvertretenden Stabsbesamten für den Stabsbesamtsbezirk Lübeck II entlassen und an Stelle des verstorbenen Stabsbesamten Hauptmanns Johannes Heinrich Sobbe den Verwaltungsinhaber Johannes Schmitz in Travenmünde zum Stabsbesamten für den Stabsbesamtsbezirk Lübeck II sowie den Verwaltungssekretär Edward Wandhoff in Travenmünde zu seinem Stellvertreter ernannt.

Erhöhung von Zählgebern.

Das Zählgebe der Führer nach der Wahlhalbinsel, der Strandfähre, der Einfahlfähre, der Fähre bei Dänischburg und der Fähre in Schlump ist erhöht worden. Die neuen Zählgebühren sind bei den Führern angeschlagen.

Schantgewerbesteuer.

Durch Gesetz vom 21. Juli 1923 ist die Schantgewerbesteuer für den Betrieb der Gast- oder Schenkwirtschaft, sowie des Kleinhandels mit Branntwein oder Spiritus mit Wirkung vom 1. Juli d. J. erhöht worden.

Festsetzung des Wertes der Sachbezüge.

Auf Grund des § 130 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung und des § 1 des Versicherungsgesetzes für Angestellte wird der Wert der Sachbezüge vom 1. August 1923 ab wie folgt festgesetzt:

Marktstandgebühren

werden mit sofortiger Wirkung erhöht. Näheres siehe Anschlag in der Halle.

Bekanntmachung.

1. Die im § 2 der Verordnung, betr. Erhebung einer Kurtaxe im Stadteil Kurort und Seebad Travemünde vom 31. Mai 1922 festgesetzte Kurtaxe wird vom 31. Juli ab für den Bezirk Neuen-Travemünde einschließlich Fehlingsstraße, Neusträße und Bardenstraße bis zur Höhe für jeden Fremden und jede Nacht seines Aufenthaltes auf 20 000 Mark, für den übrigen Teil Travemündes auf 10 000 Mark, die Gebühr für Hausangestellte auf 3 000 Mark erhöht.

Arzneitarif.

Auf Grund des § 50 der S.-O. und des § 2 der R.-O. wird verordnet: Die ohne absonderliche amtliche Ausgabe der deutschen Arzneitarife 1923 tritt mit Wirkung vom 1. August 1923 ab in Kraft.

Bekanntmachung.

Der Senat hat den Rektor Martin Gofen auf sein Ansuchen zum 30. September 1923 in den Ruhestand versetzt.

I. Voller Unterhalt (Beköstigung, Wohnung, Feuerung und Beleuchtung)

- 1. für männliche und weibliche Angestellte in leitender oder gehobener Stellung (Ärzte, Apotheker, Inspektoren, Verwalter, Geschäftsführer, Betriebsmeister, Lehrer, Lehrerinnen, Oberbeschwestern, Hausdamen u. ähnl.) täglich 70 000 M., monatlich 2 100 000 M.

III. Wert der Sachbezüge von Deputationsmitgliedern:

- 1. Keller- und Gartenland M. 1 000 000
- 2. Wohnung M. 50 000
- 3. Feuerung M. 1 500 000
- 4. 1 Liter Milch M. 6 000
- 5. 1 Hektar M. 800 000
- 6. Getreide: 12 Zentner zum Umlagepreise von M. 32 500 für den Zentner, der Rest (18 Zentner) M. 1 500 000 für den Zentner.

Bekanntmachung.

Der Senat hat den Rektor Martin Gofen auf sein Ansuchen zum 30. September 1923 in den Ruhestand versetzt.

Öffentliche Zustellung.

Ghefran Martha Wittner geb. Holz, Lübeck, vertreten durch Rechtsanwältin Dres. Götz, Muus, Brehmer, Hinrichsen, Lübeck, klagt gegen Chemann, Händler Karl Wittner, zuletzt Lübeck, um Aufhebung der Eheverträge vom 1. Juli 1923. Der Gerichtsschreiber des Landgerichts.

Nichtamtlicher Teil

Suche Haus

mit voller Auszahlung, Verkäufer kann wohnen bleiben. (4762) Angeb. u. G 100 a. d. Exp. d. Bl.

Mehrere Frauen

zum

Zeitungsaustragen

gesucht gegen gute Bezahlung für Bezirk Rüdnic, Glems, Herrenwyl.

Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten

Suche Gartengrundstück

bei voller Auszahlung, Verkäufer kann noch abernten. (4763) Angeb. u. G 101 a. d. Exp. d. Bl.

Der Lübecker Volksbote erscheint am Nachmittag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch den Boten frei ins Haus für die erste Augusthälfte 4000.— M., freibleibend. Einzelverkaufspreis 3000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Lübecker Volksbote

Tagesszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 177.

Mittwoch, 1. August 1923.

30. Jahrgang.

Was muß geschehen?

Von Paul Herß.

Im Juli ist der Dollarkurs an der Berliner Börse trotz Einheitskurs und künstlichem Druck von 160 000 auf 1 100 000 gestiegen. Das ist die größte und schnellste Steigerung, die bisher in der Geschichte des deutschen Währungsverfalls zu verzeichnen ist. Die Sozialdemokratie hat diese Entwicklung vorausgesehen. Seit der Ermordung Rathenaus hat sie deshalb unablässig darauf gedrängt, daß durch eine aktive Währungs-, Wirtschafts- und Finanzpolitik der Anreiz und die Mittel zur Spekulation gegen die Mark genommen werden. Ferner sollte durch wertbeständige Anlagemöglichkeiten der Flucht in die Waren und in die Devisen vorgebeugt werden. Aber die kapitalistischen Kreise der Wirtschaft, die an der Geldentwertung stark verdienen, waren zu mächtig und die Staatsgewalt zu schwach. Jede systemvolle und energische Politik, die den Markverfall aufhalten wollte, wurde verhindert. Erst als der Markverfall bereits eingetreten war, entschloß man sich zur Durchführung der einen oder anderen Teilmaßnahme.

Es kam die Ruhraktion. Die Ausgaben des Reiches stiegen gewaltig. Millionen Menschen, die bisher Steuerzahler waren, wurden nun Unterstützungsempfänger. Neue Einnahmen des Reiches wurden notwendig, um alle Anforderungen zu erfüllen. Daher hat die Sozialdemokratie von Beginn der Ruhraktion an die Schaffung neuer Einnahmen verlangt mit dem Ziele, die Ausgaben ohne Inanspruchnahme der Notenpresse zu decken. Besonders als die Unterstützungssaktion Anfang Februar eingeleitet wurde, wies die Sozialdemokratie mit dem denkbar größten Nachdruck darauf hin, daß die Notenpresse der im Hinterhalt liegende, heimtückische und gefährliche Gegner der Stützungsaktion sei. Nur wenn es gelinge, die Notenpresse still zu legen, könne mit längerer Dauer der Stützungsaktion gerechnet werden.

Reichsregierung und bürgerliche Parteien waren diesen Ermäßigungen vollständig unzugänglich. Volkswirtschaftlicher Dilettantismus und politische Demagogie vereinten sich zu der Parole „Preisabbau“. Es blieb aber bei dieser Parole, Wirksamkeit hatte und konnte sie nicht haben. Dafür wurden aber die Einnahmen des Reiches abgebaut. Das Geldentwertungsgesetz wurde zum Steuerentwertungsgesetz. Leistungsfähige Kreise des Volkes wurden von der Einkommen- und Körperschaftsteuer so gut wie befreit. Der Abbau der Kohlensteuer wurde zu einem Kriegeneschenk an die Kohlenindustrie und die verarbeitende Industrie. Die künftliche Ermäßigung der Tarife von Eisenbahn und Post wirkte in der gleichen Richtung. Die Erhöhung der Preise für das Umlagegetreide wurde zum Billionengeschenk an die Agrarier. Kurz: man wirtschaftete, als ob man schier unerschöpfliche Steuerquellen zur Verfügung hatte. Statt dessen hatte man nur die Notenpresse. Fast neun Zehntel aller Ausgaben des Reiches in den Monaten Januar bis März 1923 wurden mit ihrer Hilfe finanziert. Der Zusammenbruch der Stützungsaktion für die Mark am 18. April war das unausweichliche Ergebnis.

Aber selbst dieser der ganzen Welt sichtbare Bankrott einer von Interessenwünschen stark beeinflussten Politik brachte keine Änderung. Erneut unternahm die Sozialdemokratie den Versuch, Regierung und Parteien zu aktiver Steuerpolitik zu drängen. Vergeblich! Wo der Geldbeutel beginnt, hört das Verantwortungsbewußtsein vor Staat und Volk auf. Wo spitze Angeln drohen, erlahmt der größte Mut und steigt die Wurftigkeit über die Einsicht. Der Wagen rollt unaufhaltsam dem Abgrunde zu. Seine Lenker hoffen auf das Wunder, das sie vor dem Zerbrechen im Abgrunde retten.

Dieses Wunder gibt es nicht. Unsere jetzige Lage ist das Ergebnis jener ungeheuren Finanzerrüftung, die entstanden ist durch den außenpolitischen Druck und die innerpolitische Ungünstigkeit. Unsere schwebende Schuld vermehrt sich um zwei Billionen täglich. Unsere Steuereinnahmen decken nur zwei bis drei Prozent unserer Ausgaben. Beschlossene Steuern werden entwertet und verpödet entrichtet. Das Reich trägt die gesamten Lasten aus der Inflation. Solange dieser Zustand andauert, ist der Verfall der Währung, der Verfall der Wirtschaft, das Anwachsen der Not und die Verschärfung der innerpolitischen Zustände nicht aufzuhalten.

Wir müssen deshalb den Versuch unternehmen, die Finanzverhältnisse des Reiches zu bessern. Wie ist dieses Ziel zu erreichen? Bisher dachte man, daß die Besteuerungen in Deutschland bis zur Unerträglichkeit angespannt seien und weitere Lasten nicht ertragen werden könnten. Das war falsch und das ist falsch! Die Inflation hat alle Besteuerungen unterhöhlt und unwirksam gemacht. Jetzt gilt es, sie wertbeständig zu machen, die volle Last der Geldentwertung den Steuerpflichtigen aufzuerlegen, das Reich vor der Entwertung der Steuern zu schützen. Da dieser Umbau des Steuersystems aber Zeit erfordert, mehr Zeit, als uns gegenwärtig die steigenden Fluten lassen, so müssen Notmaßnahmen getroffen werden, die sofort wirken und uns damit die Zeit schaffen, die wir zur endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen gebrauchen.

Von diesen Gedankengängen ausgehend, wollen die Finanzpolitischen Forderungen der Sozialdemokratie, daß durch Zuschläge die bereits bestehenden Steuern die Reichseinnahmen in kürzester Frist so erhöht werden, daß auf die Arbeit der Notenpresse ganz oder im größten Umfange verzichtet werden kann. Es soll keineswegs verkannt werden, daß solche mechanischen Zuschläge Unge-

rechtigkeiten mit sich bringen. Für diejenigen, deren Einkommen nicht gleichen Schritt mit der Geldentwertung hält, wird die Entwertung dieser Steuern in kurzer Frist wahrscheinlich manchmal eine Härte bedeuten. Soll man aber deshalb auf diese Maßnahmen überhaupt verzichten? Sicherlich wird das von jenen Gruppen, die bisher jede wirksame Besteuerung des Besitzes zu verhindern wußten, auch diesmal wieder verflucht werden. Demgegenüber sei nur auf zwei Tatsachen hingewiesen. Ohne drakonische Maßnahmen gibt es überhaupt keine Rettung. Dann wird der Verfall der Wirtschaft und der Verfall Deutschlands unaufhaltsam. Keine Besteuerung ist so ungerecht und zerstörend als die Inflationssteuer. Auch der mechanischste Maßstab der Vervielfachung der Einkommensteuer und Zwangsanleihe ufm. ist ein Ideal an Gerechtigkeit gegenüber der Besteuerung durch die Notenpresse.

Auf die einzelnen Steuervorschläge der Sozialdemokratie einzugehen, behalten wir uns vor. Auch eine Erörterung der Vorschläge der Regierung muß zurückgestellt werden, bis sie auf ihre Wirksamkeit hin genau geprüft worden sind. Die Sozialdemokratie will aber nicht nur finanzpolitische Maßnahmen. Sie stellen zwar das Kernstück der Maßnahmen dar, von denen eine Entspannung der Lage zu erwarten wäre. Sie müssen aber unterstützt werden durch andere Maßnahmen, die das Problem von der Währungsseite her anfassen. Neben der Finanzerrüftung hat nichts so sehr zum Währungsverfall beigetragen wie die Geldentwertungspolitik der Reichsbank. Die Reichsbank ist die einzige Stelle im Deutschen Reich, für die Mark gleich Mark ist. Ob man heute eine Million Mark für einen Dollar geben muß oder in einer Woche zwei Millionen für denselben Dollar, ist Herrn Havenstein ganz gleichgültig. Er leiht Mark aus und nimmt denselben Betrag an Mark zurück. Diese Kreditpolitik der Reichsbank hat zu der ungeheuerlichsten Bereicherung der Sachwertbesitzer und Spekulanten geführt. Bereits im Untersuchungsausschuß über die Markstützung haben wir darauf hingewiesen, daß derjenige, der am 1. Januar 1922 den Gegenwert für 100 000 Doppelzentner Weizen geliehen hat und diese Schuld alle drei Monate abdeckte, um eine neue Schuld in derselben Höhe aufzunehmen, Anfang Juni 1923 einen Vermögenszuwachs von rund 66 Milliarden Mark bzw. einen Zuwachs von 344 599 Doppelzentner Weizen gehabt hat. Die Reichsbank selber hat also die Mittel geliefert, mit denen auf den Verfall der Mark spekuliert wurde und die Stützungsaktion zerschellte. Die jetzige Reichsbankleitung muß deshalb verschwinden. Erst dann ist die Verwirklichung der Forderung zu erwarten, daß Kredite nur auf der Goldbasis gegen Goldzins gegeben werden dürfen.

Neben diesen beiden Maßnahmen aber ist erforderlich die Ausgabe einer wertbeständigen Reichsanleihe. Sie ist jetzt endlich für die nächsten Tage zu erwarten. Aber wenn sie nicht gesichert wird durch die Sachwerte der Wirtschaft oder das Gold der Reichsbank, oder auch provisorisch auf eine andere Weise, ist nicht damit zu rechnen, daß sie die großen Beträge bringt, die neben den neuen Steuereinnahmen zur Deckung der Reichsausgaben notwendig sind. Hand in Hand damit aber muß auch eine neue Stützungsaktion gehen. Reichsregierung und Reichsbank haben es ja leider so weit gebracht, daß das Vertrauen zu wirksamen Eingriffen auf den Devisenmarkt sehr gering geworden ist. Deswegen, und weil das Problem von allen Seiten her angepackt werden muß, muß man auf die reichen Devisenbestände der Wirtschaft zurückgreifen und sie für Stützungs Zwecke der Mark verwenden. Wie das im einzelnen zu geschehen hat, ist aus leicht begreiflichen Gründen in den Forderungen der Sozialdemokratie nicht dargelegt. Das Wort der deutschsozialistischen „Zeit“: „Degoutie habe Helfershelfer in Deutschland“ mahnt zur Vorsicht.

Die Absichten der Reichsregierung haben nicht den Eindruck erweckt, daß durch sie die große befreiende Tat eingeleitet wird, die wir zur Rettung in letzter Stunde gebrauchen. Das ist, von allem anderen abgesehen, der schwerste Mangel der Regierungserklärung. Solange nicht bei den Inflationisten der Wirtschaft der Eindruck entsteht, es werden wiederum nur halbe Maßnahmen getroffen, die Inflation geht weiter, ändert sich ihre Haltung nicht. Deshalb ist der Grundgedanke der sozialdemokratischen Forderungen: keine halben Maßnahmen, sondern ganze! Keine Maßnahmen für die Zukunft, sondern erst Maßnahmen für den unmittelbaren Augenblick! Rücksichtslose Bekämpfung der Finanzerrüftung, der Inflation, der Geldentwertung der Reichsbank, Tragung der bisher durch die Inflation entstandenen Lasten durch den Besitz!

Gewerkschaftsvertreter bei Cuno.

Am Montag versammelten sich die Vertreter sämtlicher gewerkschaftlicher Spitzenverbände in der Reichskanzlei, um dem Kabinett Cuno ihre einhellige Meinung zu sagen.

Der Reichskanzler Cuno eröffnete die Sitzung mit einer ausführlichen Erläuterung seiner bisherigen Politik. Aus diesem Teil seiner Rede verdient besonders hervorgehoben zu werden, daß er betonte, sein Bestreben sei gewesen, den Widerstand an der Ruhr in seiner ursprünglichen Passivität zu erhalten, es nicht zur Aktivität kommen zu lassen. Es sei

die Anzeigengebühr beträgt nur die acht gepaltene Blattseite oder deren Raum 5000.— Mark, auswärts 6000.— Mark, für Veranlagungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 4000 M., für Reklamen 20 000.— M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 1926 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

auch immer wieder versucht worden, die Teuerung einzudämmen, wir hätten aber keine Gewalt über den Stand der Mark und der Devisen an der Börse erreicht. Die Aktionen in dieser Richtung hätten erwiesen, daß wir um deswillen keinen Einfluß auf die Mark haben, weil sie auch im Auslande gehandelt werde und bis dorthin reiche kein Einfluß einer deutschen Regierung! Jetzt solle dem Volke ein wertbeständiges Anlagemittel gegeben werden. Der Anleiheprospekt werde noch im Laufe dieser Woche herausgegeben werden. Selbstverständlich sei es empörend, daß bestimmte Schichten des Volkes sich des Ernstes der Lage nicht bewußt seien. Hier müsse aber die Exekutive der Länder einsehen. Er könne nicht die Lokale in der Friedrichstraße und am Kurfürstendamm schließen.

In der Aussprache kam sehr deutlich zum Ausdruck, daß die Gewerkschaften das Vertrauen zu der Reichsregierung verloren haben. Das Ergebnis der Sitzung mußte nach den Ausführungen des Reichskanzlers, die sich im wesentlichen mit der Vergangenheit beschäftigten, ein mageres sein.

Leipart, als der erste Sprecher der Gewerkschaften, gab jenem Gefühl unumwunden Ausdruck. Es müsse darauf hingewiesen werden, daß die Gewerkschaften wiederholt Vorschläge gemacht hätten, daß immer wieder gejagt worden sei, diese Forderungen würden geprüft und berücksichtigt, zuletzt sei dann doch nichts gekommen. Leipart besprach dann die Entwicklung der politischen Verhältnisse im Innern, die Ernährungsschwierigkeiten, die Zusammenhänge der Geldentwertung und die unzureichenden Maßnahmen der Regierung gegen diese Tatsachen. Besonders charakteristisch für die Haltung der Arbeiter sei beim Beginn der leinerzeitigen Stützungsaktion ihre positive Erklärung gewesen, daß es gelingen werde, den Dollar auf 20 000 Mark zu halten. In diesem Glauben habe die Reichsregierung die Aktion gegen die Löhne unternommen. Nichts sei geschehen gegen die Steuerdefraudation, und was geschehen sei, sei daneben gehauen.

Knosel vom DGB. entwickelte dann im einzelnen Wortführer der Gewerkschaften aller Richtungen, denen sich auch die Christlichen in allen wesentlichen Punkten durch ihren Sprecher Balkruh ausdrücklich angeschlossen, obwohl sie schon ein eigenes Memorandum an die Reichsregierung gelangt haben. Knosel forderte: Auf dem Gebiete der Steuerpolitik sei es notwendig, die volle Wertbeständigmachung durchzusetzen und die vielerlei Möglichkeiten der Spekulation der Steuerpflichtigen auf dem Rücken des Reiches rücksichtslos zu beseitigen. Die Deckung der Staatslasten auf längere Sicht müsse durch die sofortige Erhebung einer Goldmarksteuer auf den land- und forstwirtschaftlich benutzten Boden und durch eine gleichartige Belastung von Industrie und Handel erfolgen. Dazu sei es notwendig, eine wertbeständige Vermögenssteuer zu schaffen und eine innere Goldanleihe auszugeben, die für die Sparkassen die Unterlage zur Schaffung wertbeständiger Renten sein müsse. Um dem Ausland den Beweis von dem Erfüllungswillen Deutschlands zu geben, seien die in der Note vom 7. Juni dieses Jahres der Entente zugesagten geldgeberischen Maßnahmen sofort dem Reichstage vorzulegen. Die Währungspolitik müsse raschestens auf wertbeständige Grundlage geführt werden. Dazu müßten die notwendigen Änderungen in der Organisation der Reichsbank vorgenommen werden. In Zukunft habe auch die strengste Kontrolle der aus dem Export anfallenden Devisen stattzufinden.

Die Debatte ergab trotz der verschiedensten Anfragen durch die Gewerkschaften wenig positive Ausblicke für künftige rasche und umfassende Maßnahmen der Reichsregierung. Auch die eingehenden Erläuterungen des Reichskanzlerspräsidenten über seine Währungspolitik wirkten nicht überzeugend. So mußte die wichtige Besprechung der Gewerkschaften mit dem Reichskanzler enden wie befürchtet worden war, reichlich unbefriedigend.

Die Tagesordnung der ersten Reichstagsitzung.

Auf der Tagesordnung der Reichstagsitzung, die für Mittwoch, den 8. August, nachmittags 3 Uhr, andernorts ist, steht vorläufig die erste Lesung des Rhein- und Ruhrprojekts und der Entwurf eines Steuerjüngengesetzes. Es ist anzunehmen, daß auch die übrigen Steuerentwürfe und die Goldanleihe, die in diesen Tagen die endgültige Fassung durch das Reichskabinett erhalten, ebenfalls auf der Tagesordnung der ersten Sitzung stehen werden. Voraussetzungsweise wird nicht nur Reichsfinanzminister Dr. Hermes diese Vorlage als zuständiger Ressortminister beurteilen, sondern wahrscheinlich wird auch der Reichskanzler selbst das Wort ergreifen, um die Auffassung der Regierung über die allgemeine innen- und außenpolitische Lage vor dem Parlament zu vertreten.

London ist pessimistisch.

U. London, 1. August.

Die englische Regierung beschäftigt sich nach wie vor eingehend mit den alliierten Antworten auf den englischen Antwortenwurf an Deutschland. Nach wie vor wird über den Inhalt der französischen und belgischen Note strengstes Stillschweigen bewahrt. Die Presse kann aber nicht verhehlen, daß die Schwierigkeit, zu einer gemeinsamen Antwort der Alliierten an Deutschland zu kommen, gewachsen ist. Es steht nunmehr ziemlich fest, daß Baldwin und Curzon am Donnerstag in den beiden Häusern des Parlaments Erklärungen über die außenpolitische Lage abgeben werden. — Baldwin erklärte gestern im Unterhaus, daß das Parlament, wenn es notwendig erscheinen werde, während der Ferien zu einer Sitzung zusammenberufen werde, um die Entwicklung der Dinge zu beschleunigen.

Ernährungsnot und Landwirtschaft.

Am Dienstagmorgen begann in der Reichstanzlei eine Besprechung des Kanzlers mit den Vertretern der Landwirtschaft über die Ernährungslage. Die Besprechungen sind noch nicht zum Abschluß gekommen. Trotz der zunehmenden Schwierigkeiten in der Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln, insbesondere mit Kartoffeln und Getreide, legt der Ernährungsminister Luther seine Schlußfolgerungen fort. Er glaubt, daß die Kartoffelknappheit bald überwunden wird. Zweifelloser dürfte sie mit Beginn der Kollekte vorläufig überwunden sein. Es fragt sich nur, ob die Not bis dahin nicht zu Verwicklungen führt, die sich allgemein auf ganz Deutschland auswirken. Auch umgeht der Ernährungsminister die Tatsache, daß die Geldentwertung die Produzenten und Händler veranlaßt, gerade mit landwirtschaftlichen Produkten zurückzuhalten. Er hofft, daß die Landwirtschaft jetzt verkaufen wird, weil sie Geld zur Neueindeckung von Düngemitteln und anderen notwendigen Artikeln zur Feldbestellung braucht. Durch diese Argumentation des Reichsernährungsministers ist unsere Bevölkerung um eine Verprechung reich, ohne aber eine Kartoffel mehr in den Topf zu bekommen. In Wirklichkeit ist es die höchste Zeit, daß die Regierung in den am meisten bedrohten Bezirken — aus dem Ruhrgebiet mehren sich die Klagen über den Mangel der Lebensmittel, besonders über das Fehlen von Kartoffeln, Margarine, Fett usw. — sofort zu Nothstandsmassnahmen greifen muß.

★

Am Dienstag verhandelte der Reichstanzler auch mit den Vertretern der Industrie und der Banken. Die Beratungen galt insbesondere der Devisen- und Kreditpolitik. Die Herren Industriellen und Bankiers dürften also abermals frühzeitig über evtl. neue Massnahmen der Regierung unterrichtet und damit imstande sein, frühzeitig Schritte zu unternehmen, um die Pläne, denen sie zunächst ihre Zustimmung gegeben haben, in der Auswirkung schnell zu vereiteln. Wann hört man endlich auf zu beraten, insbesondere Beratungen mit solchen Kreisen zu pflegen, die an einem Mißerfolg der Devisenpolitik interessiert sind?

★

Die vom Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu einer Unterredung mit Cuno beauftragten Vertreter werden am Mittwoch von dem Reichskanzler empfangen werden. Zur Erörterung steht die allgemeine innen- und ausenpolitische Lage.

Massenverhaftungen im Rothbachtal Mecklenburg.

Die Unteruchung des vor etwa sechs Wochen aufgedeckten Fremdenmordes an dem Landwirtschaftslehrer Kadom ist bekanntlich den mecklenburgischen Justiz- und Polizeibehörden entzogen und dem Staatsgerichtshof übergeben worden. Während nun der Untersuchungsrichter und der Staatsanwalt in Mecklenburg die Angelegenheit als ein gewöhnliches Verbrechen behandeln, und die politischen Drahtzieher und Mitwisser aus der Rothbach-Organisation unbeschäftigt lassen, hat es den Anschein, daß der Staatsgerichtshof diesmal entschlossen ist, seine Arbeit zu machen und die Rothbach-Klause auszuhebeln. So ist bis jetzt das Strafverfahren gegen nicht weniger als 17 Angehörige der Rothbach-Organisation eröffnet worden, die sich alle bis auf einen, der noch flüchtig ist, bereits in Haft befinden, entweder als Täter oder als Anstifter bzw. Begünstiger.

So ist auch der Haupttäter, der Jahrgang 1897, der nach dem Mord von seiner Organisation nach Oberschlesien dirigiert worden war, dort kürzlich ergriffen und nach Leipzig transportiert worden. Des weiteren befinden sich im Leipziger Untersuchungsgefängnis folgende an der Ermordung Kadoms unmittelbar beteiligte Landwirtschaftslehrer bzw. Landarbeiter: Karl Juchacz, Heinrich Kuhl, Erich Miesner, Georg Pfeifer, Ernst Wiemeyer und Karl Zabel. Flüchtig ist nur noch der Rothbachmann Robert Jenz, der früher der Schöneberger Schutzpolizei angehörte und aus dieser entlassen worden war. Als Anstifter bzw. Begünstiger sind verhaftet worden der Gewerbetreibende Martin Worman bei Barth, Oberleutnant von Lemis, Leutnant Bruno Jriede, Leutnant von Madenlen, Leutnant z. See Teoman, die in dem sogenannten „Berein für landwirtschaftliche Fortbildung“, der Rothbach-Klause für Mecklenburg, während der Verhaftungen als Bezirksleiter bekleideten. Endlich sind als Begünstiger auch vier führende Köpfe der Wannsee-Rothbach-Zentrale verhaftet worden, und zwar die beiden Privatsekretäre Rothbachs Richter und Bernhardt, ferner ein Leutnant Köpfe und von Teichenborn, die beide bereits anlässlich des ersten Verfahrens gegen Rothbach in Untersuchungshaft genommen worden waren. Ob das Verfahren auch auf die beiden Leiter der Deutschvölkischen Kampfbund-Partei in Rostock, den Kaufmann Molke und den Fabrikanten Theo von Harz ausgedehnt werden wird, hängt noch von den weiteren Ergebnissen der Untersuchung ab, die in den nächsten Tagen abgeschlossen werden dürfte.

Demonstrationsstreik der Berliner Buchdrucker.

Am Dienstag nachmittag traten die Buchdrucker der Berliner Rotendruckerei und der Zeitungsdruckerei von Scherl, Mölle und Witten zwischen 1 und 3 Uhr in einem Demonstrationsstreik. Dieser richtete sich in erster Linie gegen den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, der es abgelehnt hatte, die Vertreter der Buchdrucker zu empfangen. Der Streik hat insofern keinen Zweck erreicht, als der Empfang durch den Reichsarbeitsminister nunmehr erfolgen soll. Die Arbeiter wurde um 3 Uhr wieder aufgenommen, jedoch die Abendblätter, wenn auch mit Verzögerung, erscheinen konnten.

Gegen das bayerische Volksbegehren.

SPD. München, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Das Plenum des bayerischen Landtages entschied am Dienstag über die Gesetzesvorlage der Regierung bez. des Volksbegehrens und den Volksentscheid, die die bekannte Änderung der Verfassung darstellt mit dem Ziel, einen Staatspräsidenten zu schaffen. Der Abstimmung ging eine längere Debatte voraus, in der vor allem der demokratische Abgeordnete Müller-Reinigen die Absichten der bayerischen Volkspartei an den Frager stellte. Unter großem Beifall der Linken bekannte er, daß das Volk heute an diesen staatsrechtlichen Verfassungsfragen ein Interesse habe, ihn viel mehr daran liege, ausreißende und billige Wahlkampfmittel zu erhalten. Das Vorgehen der Regierung sei gerade heute um so gefährlicher, weil der Feind vor den Toren Deutschlands stehe. Genosse Endres unterstützte diese Ausführungen und nannte als den wahren Urheber dieser Treibereien gegen die Verfassung die Vaterländischen Verbände, die durch die geplante Verfassungsänderung in die Lage kommen wollen, was ihrer verhältnismäßig kleinen Mitgliederzahl dem Lande ihren Willen aufzuzwingen. Daß die bayerische Volkspartei und die Deutschnationalen sich heute schon als Vorwärtler dieser Verbände verwenden wollen, zeige ihre Angst vor diesen Verbänden und Herrn a. Kapf, angesichts der Parlamentswahlen im kommenden Jahr. Die namentliche Abstimmung ergab 75 Stimmen für und 54 Stimmen gegen die Regierungsvorlage. Die gesetzliche Zweidrittelmehrheit wurde also nicht erreicht, so daß die Vorlage als abgelehnt gilt.

Eine nationale Grabchändung.

In Freiburg (S.) ist eine Grabchändung verübt worden, die folgende obliegt an der bayerischen Grenzverwaltung und dem Landeshauptmann wie es in rechtsstaatlichen Kreisen immer wieder

Das Unglück von Kreiensen.

47 Tote.

Cassel, 1. August.

Wie die Reichsbahndirektion Cassel zu dem Unglück in Kreiensen mitteilt, wurden bis gestern 4 Uhr nachmittags 44 Tote geborgen. In Göttinger Kliniken befanden sich 34 Verletzte, von denen ebenfalls drei gestorben sind. Auf Grund der vorhandenen Auswertungspapiere sind bisher die Namen von 24 Toten festgestellt. Die zertrümmerten Wagen bildeten ein fürchterliches Bild der Zerstörung und des Grauens. Die Bergungsarbeiten gestalteten sich sehr schwierig, weil die Wagen direkt festgehalten waren und zum Teil auseinandergeschweift werden mußten.

Der Hergang der Katastrophe.

Zu dem Eisenbahnunglück bei Kreiensen ist zu melden: Der Hauptzug D 88 ist mit einer Geschwindigkeit von 80 Kilometern auf den Vorzug aufgefahren und hat die vier letzten Wagen ineinandergeschoben und vollständig zertrümmert. Die meisten der Verletzten befinden sich in der Göttinger Universitätsklinik. Unter den Verletzten befinden sich eine Anzahl Dänen, die von Kopen-

hagen über Hamburg nach Bayern führen. Der Lokomotivführer und der Heizer der Unglückslokomotive sind unverletzt, haben aber beide einen Nervenschock davongetragen. Der Lokomotivführer gibt an, daß er das Haltesignal übersehen habe, weil ihm etwa ins Auge geflogen sei. Die Lokomotive ist eigentümlicherweise unbeschädigt. Im übrigen ist der Materialschaden recht erheblich und nicht abzuschätzen, zumal auch die Bahnanlagen schwer mitgenommen sind. Mehrere eiserne Masten und Betonpfeiler sind wie Streichhölzer umgeknickt. Der ganze Bahnsteig ist mit Steinen und Glassplittern überfüllt. Bei dem Zusammenstoß gab es einen heftigen Knall. Der Gepäckwagen wurde gleichfalls beschädigt und der Packer verletzt. Eine Mutter wurde tot aufgefunden und in ihren Armen lag unverletzt ihr Kind. Ein Herr, dem beide Beine eingeknickt waren, wurde nach unsagbarer Mühe aus den Trümmern mit Hilfe eines Sauerstoffapparates loszulager herausgeschmolzen. Unter den Toten befinden sich, wie bereits gemeldet, mehr Männer als Frauen, aber auch einige Kinder haben ihr Leben lassen müssen. Bereits eine Anzahl von Fahrgästen ist hier eingetroffen, die nach ihren Angehörigen suchen. Hierbei spielten sich erschütternde Szenen ab.

Gegen Hunger, Regierung und Hafentreu!

Vom Manöver zur Schlacht!

Sie haben's nicht gewagt! Sie haben gedroht und haben provoziert eine Woche lang. Sie liehen ihre Truppen evozieren für den Straßenkampf. Sie ratterten mit ihren Panzerautos auf den Übungsplätzen. Sie alarmierten ihre ganze Truppenmacht, Polizei und Militär. Sie verwandelten die Stadtviertel um die Versammlungslokale in besetzte Plätze. Sie hatten in den Dachgeschossen Maschinengewehrreiter, Karabiner, Maschinengewehre und Handgranaten zerren am Koppelzeug ihrer Soldner. Ihre Spindel waren am Werke.

Sie wollten ein Blutbad. Sie brauchten das Blut, um Luft zu bekommen. Und sie haben es nicht gewagt.

Das ist das Eingeständnis der Dymacht. Das bezeugt Cuno's Ende. Wer in solcher Situation Schwäche zeigt, der ist erledigt.

Und die Faschisten? Sie hatten unsere Herausforderung angenommen. Sie hatten gedroht und sich gepreigt. Und sie waren nicht zu sehen. Das ist für sie eine Schlappe.

Und wir? Gewiß, wir haben unsere Front zurückgenommen, als uns der Feind einen Kampf aufzwingen wollte, für den die Arbeiterschaft noch nicht genügend gerüstet war.

Aber wir haben unsere Front genau an der Grenze der Gefährdung aufgestellt und wir haben trotz Cuno und Seering trotz Drohung und Verbot unsere Demonstrationen durchgeführt, wo wir die Herren der Lage waren.

Wir haben im Angesicht des aufmarschierten Feindes eine große Gefechtsübung durchgeführt und sie ist gelungen. Das ist angesichts der elektrisch geladenen Atmosphäre ein gewaltiger Erfolg.

Der 29. Juli sollte eine Demonstration gegen den Faschismus werden, der das Leben des Proletariats bedroht. Er wurde zu einem Aufmarsch der Arbeiterklasse gegen die Regierung, die Deutschlands Zusammenbruch vollendet hat. Er hat der Regierung den Stoß verfehlt, an dem sie verrecken muß.

Der 29. Juli hat die Kraft der kommunistischen Partei erwiesen, hat den Beweis erbracht, daß die KPD die Arbeiterklasse führt.

Das aber legt eine ungeheure Verantwortung auf die Schultern der Partei. Sie muß jetzt ihre ganze Kraft anspannen, um vom Manöver zur Schlacht zu kommen.

Vorwärts vom Manöver zur siegreichen Schlacht!

Es ist eine herrliche Kriegsstimmung. Man fühlt sich in die Zeiten des großen Ludendorff und seines kleinen Moloi verkehrt, wenn man diese Kriegsberichte liest. Die Völkisch-Nationalen wetteifern mit den Bolschewistisch-Nationalen um den Siegespreis sich zuzuschreiben. Doch konkurriert mit Hindenburg, Cadorna mit Högendorff: Es ist eine Lust zu leben!

Die Kommunisten haben seit Wochen ihre Demonstrationen angekündigt in einer Tonart, die sich in nichts unterscheidet von jener, die den mitteldeutschen Putz von 1921 einleitete. Sie haben in umfangreicher schriftlicher Propaganda, besonders auf die völkischen Studenten abgestimmten Flugblätter, in nachgeahmter antisemitischer Ausdrucksweise ihren „Antifaschistentag“ vorbereitet. Wenn die Völkischen zum Gegenschlag aufforderten, so war ihnen das angelächelt nur angenehm. Sie rechneten damit, daß schließlich keine Staatsregierung, am allerwenigsten eine kommunistische, offen den Bürgerkrieg propagieren lassen kann, ohne dagegen nach Maßgabe ihrer Kräfte Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. Trotzdem ihre wilden Aufrufe, trotzdem ihre Aufforderung, ungeachtet des Verbotes, zu demonstrieren! Und dann schließlich das Umbiegen kurz vor Lozeschlus!

Und nun hinterher die bombastischen Redensarten: „Wir haben die Front zurückgenommen!“ „Wir haben die Front an der Grenze aufgebaut!“ „Wir haben ein Manöver gemacht, aber wir bereiten die Schlacht vor!“ Und so weiter mit Grajale.

Völkische und Kommunisten arbeiten einander in die Hand. Zunächst unbewußt, aber je länger desto mehr mit vollem Bewußtsein. Die einen künden den kommunistischen Umsturz, die anderen den Faschismus an. Beide wissen, daß sie einander als Schreckgespenst benutzen, um schließlich gemeinsam aus dem Chaos Vorteil zu ziehen. Schließlich aber wird durch dieses Ballspiel lediglich das letzte Restchen von Vertrauen im Auslande vernichtet. Und das notleidende deutsche Volk trägt den Schaden, wenn es sich nicht mit aller Energie gegen beide Schädlinge wendet.

(Vorwärts.)

Die Konferenz in Sinaia.

Die angekündigte Konferenz der Kleinen Entente in Sinaia hat am Sonntag unter Vorsitz des rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu begonnen. Die Tagesordnung ist äußerst mannigfaltig; u. a. erhaltete Bescheid einen Bericht über seine letzte Reise und im Anschluß daran ist auch die Lage in Deutschland erörtert worden. Das Hauptproblem der Konferenz wird die Aufnahme Griechenlands und Polens in die Kleine Entente sein. Bekanntlich bestehen innerhalb der Kleinen Entente gegen die Aufnahme Hindernisse, die besonders in der Politik der Türkei liegen.

um sich greifen. Denn nur dort sind die Täter zu suchen. Auf einem alten Friedhof ruht der 18er Freiheitskämpfer Max Dortu. Aus Potsdam gebürtig, hatte er am Freiheitskampf der badischen Freiheitskämpfer teilgenommen und war dabei in die Hände der kaiserlich-revolutionären preussischen Truppen gefallen. Sein Schicksal war verwickelt, er wurde zum Tode verurteilt. Vergeltung haben seine aus Potsdam herbeigekommen Eltern den Prinzen von Preußen, den späteren Kaiser Wilhelm I., um Gnade für ihr einziges Kind. Der Revolutionsbezwinger verlangte, daß der Verurteilte selbst darum bitte. Dieser aber weigerte sich standhaft. So wurde er auf dem kleinen Friedhof erschossen mit den Worten: „Ich sterbe für die Freiheit; ich ist gut, meine Brüder!“ Dieser Freiheitskämpfer, dem die heutigen Großmünder unter den Hafentänzern nicht das Mitleid reichen können, ruhte seitdem an der Stelle, wo er für sein Ideal gefallen war. Einem rohen, vertierten, bühnischen Gendarm blieb es vorbehalten, in einer der letzten Nächte das einfache Grab zu schänden, die Blumen auszureißen und die Grabinschrift zu beschmiereln, die da sagt: „Hier ruht Max Dortu aus Potsdam. 23 Jahre alt, erschossen am 31. Juli 1849; mit ihm vereint seine Eltern, deren einzige Freude und Hoffnung er war!“ Es unterliegt kaum einem Zweifel, daß ein politischer Rohheitsakt vorliegt, der ein beschämendes Zeichen der Zeit ist.

Die verbotene Wahrheit.

Ein sehr merkwürdiges Verbot hat der stellvertretende Polizeipräsident in Stettin, dem Wunsch der pommerischen Rechtsprelle nachkommend, erlassen. Seit einigen Tagen prangten an den Stettiner Aufhängewänden keine Plakate: „Erfolg der bürgerlichen Regierung Cuno.“ Darunter waren unter der Ueberschrift: „Was hat sie dem Volke gebracht? einige Preise wichtiger Lebensmittel beim Antritt der Regierung Cuno im November 1922 den entsprechenden Preisen im Juli 1923 gegenübergestellt. Und unter der Ueberschrift: „Was hat sie den Kapitalisten gebracht? war weiter zu lesen: Stand des Dollars im November 1922: 7100, im Juli 1923: 284 000.“

Ueber die Veröffentlichung dieses reinen Tatsachenmaterials setzte in der bürgerlichen Presse ein mühtes Toben und Schimpfen ein. Pommer's Bürgertum liebt die Wahrheit so sehr, daß es sie als „öffentliches Vergernis“ erregend, als „öffentliches Skandal“ empfindet. Und wie reagiert der stellvertretende Polizeipräsident auf die bürgerliche Gefühlsaufwallung? In die Schriftleitung des „Volksboten“ — das Plakat war lediglich in der Parteidruckerei hergestellt worden — schickte er tags darauf die Mitteilung, daß der Anschlag „allgemeines öffentliches Vergernis erregt und Aufstände verursacht“ habe. Im Interesse der öffentlichen Ruhe und Ordnung habe er daher das Plakat unverzüglich entfernen bzw. übersehen lassen. Die stellvertretenden Beamten scheinen recht eigenartige Herren zu sein. Wo nimmt, so fragen wir, dieser preussische Beamte in Stettin das Recht zu seinem Verbot her? Stützt er sich etwa auf das famose Plakatgesetz vom Jahre 1851, mit dessen Hilfe man in Berlin den Anschlag pazifistischer Plakate zu verhindern wußte? Die Berufung auf gesetzliche Bestimmungen aus der preussischen Reaktionszeit nehmen sich im Jahre 3 der Republik besonders gut aus! Was meint der Innenminister zu solchen Beamten, denen deutschnationalen Wünsche Befehl zu sein scheinen?

Die einen und die andern.

Lassen wir sie selber reden.

Das „Deutsche Tageblatt“ (völkisch) vom Sonntag, dem 29. Juli:

Vor dem großen Schlag!

Die Kommunisten wagen den Bürgerkrieg. Räteherrschaft oder nationale Diktatur!

Die Kommunisten haben für heute an Stelle der verbotenen Demonstrationen und des nötigenfalls mit Waffengewalt notwendigen Antifaschistentages auf der Straße Massenveranstaltungen in verschiedenen Sälen angelegt. Sie haben ferner ihre Hauptstätigkeit von Potsdam zurückverlegt nach Groß-Berlin. Allerdings dürfte ihnen auch hier jedes gewalttätige Auftreten abzu zu sehen kommen, da Schupo und Kriminalpolizei in Alarmbereitschaft sind und nach höherer Weisung angewiesen sind, einen Anbruch mit allen verfügbaren Mitteln niederzuschlagen.

In Wirklichkeit ist der vermeintliche Rückzug der Kommunisten nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver für den 29. Juli. So wissen wir aus genauester Quelle:

In der Nacht vom Freitag zu Sonnabend haben die Befehlshaber der Roten Armee den Befehl an die proletarischen Hundertkämpfer ausgetragen, dann mit Motorfahrzeugen weiterzugeben lassen,

daß am Sonntag unter allen Umständen losgeschlagen wird. Ueber den Angriffsplan der Kommunisten sind wir bis ins Kleinste unterrichtet.

Wohlan denn, wenn die Sowjet-Deutschen den Bürgerkrieg haben wollen, so sollen sie ihn haben. Ihre Herrlichkeit wird nach allem von recht kurzer Dauer sein! Das Blut, was fließen wird, kommt weniger auf ihre Häupter, die auf die ihrer gewöhnlichen jüdischen Verführer. Das wird sich das deutsche Volk zu merken haben!

Wir Völkischen müssen am Sonntag und an den kommenden Tagen bereit sein, unser Leben für die Rettung des deutschen Vaterlandes aus den Klauen des Bolschewismus einzusetzen!

Ein jeder sei auf dem Feind!

Alle für einen!

Einer für Alle!

„Rote Fahne“ (Kommunistisch) vom Montag, dem 30. Juli:

Volkswirtschaft.

Die Desorganisation des Warenmarktes.

Das Steigen des Dollars von rund 200 000 am 16. bis auf über eine Million Ende Juli hat am Warenmarkt Wirkungen ausgeübt, wie sie in gleicher Schärfe noch nie beobachtet worden sind. Es bedeutet natürlich schon an sich sehr viel auch für die gesamte an Valuta-Wirren einigermaßen gewöhnte Wirtschaft des deutschen Volkes, wenn in 14 Tagen der Wert eines Zahlungsmittels im Ausland auf ein Fünftel sinkt. Diesmal aber trat noch hinzu, daß die Reichsbank während dieser ganzen Zeit mit unangenehmen Mitteln den Kurs zu halten suchte. Man setzte einen Einheitskurs fest, zu dem die Nachfrage nach fremden Zahlungsmitteln nur teilweise befriedigt wurde. Die Folge davon war, daß Industrie und Großhandel ebenso wie die Banken ihre Kaufaufträge so steigerten, daß sie auch bei einer Zuteilung der Devisen immerhin noch ihren Bedarf befriedigt zu sehen, erwarten konnten. Die Reichsbank mußte infolgedessen die Nachfrage durch immer schärfere Zuteilung zu drohen suchen, kein Mensch, der sie brauchte, mußte mehr, ob er Devisen bekam. Da die Zuteilung aber nicht entsprechend dem volkswirtschaftlichen Bedürfnis der einzelnen Industrie- und Handelszweige erfolgte — dazu wäre eine regelrechte und planmäßige Devisenbewirtschaftung notwendig gewesen, die die Reichsbank nicht wollte — so erhielt derjenige die meisten Devisen, der die höchsten Kaufaufträge gab. Die pantoffelige Entwertung der Mark aber steigerte die Nachfrage nach Lebensmitteln, die zahlungskraftigen Kreise lekten wieder einmal mit Hamsterkäufen ein und die Preise stiegen derart sprunghaft, daß der Verteilungsorganismus der kapitalistischen Wirtschaft, der auf dem Kleinhandel beruht, schon infolge des Mangels an Betriebskapital zu versagen drohte. Es kam aber noch hinzu, daß die Importeure und Großhändler, welche das Devisenrisiko von sich abwälzen wollten, nicht einmal mit dem vor ihnen bisher so gut gepflegten Goldpreis auskamen. Was nützte es, wenn man Schmalz für 10 Goldmark verkaufte, ohne zu wissen, ob man mit der eingehenden Summe von Papiermark auch wirklich 10 Goldmark in der Hand hatte. Zur Bezahlung von Schmalz brauchte der Importeur eben Devisen und niemand wollte, ob er auch für den Erlös des Schmalzes an der Börse heute noch die Devisenmenge kaufen konnte, die dem Wert von 10 Goldmark entsprach. Schwankten doch die Kurse an den Auslandsbörsen stündlich. Vielleicht erhielt unser Schmalzverkäufer heute nur eine Goldmark in fremden Zahlungsmitteln zugeteilt und mußte die übrigen später kaufen, nachdem der Dollar weiter gestiegen war und er vielleicht für keine Papiermark nur noch 5 Dollar bekam. Ein Erfolg für die Devisen bestand ja nur in den Dollarkaufaufwendungen, die man ebenfalls nicht unbeschränkt kaufen konnte. Die Folge davon war, daß der Großhandel für alle Importwaren und nicht anders auch ein großer Teil der Industrie auch die Goldpreise nur „freibleibend“ aufstellen konnte. In unserem Falle also verlangte der Importeur für seine Ware 10 Goldmark, die in Papiermark umgerechnet wurden nach Maßgabe der Devisenmenge, die er von der Reichsbank jeweils erhielt und zu dem Kurs, den er an den verschiedenen Tagen zahlen mußte.

Was war die Folge?

Einkaufsgenossenschaften des Einzelhandels erhielten z. B. Lieferungen von ausländischem Mehl. Der Preis war in Goldmark gestellt, freibleibend, wie oben dargelegt. Das Mehl wurde den Kaufleuten zugeschickt. Der Großhändler hatte seine Devisen noch nicht gekauft. Der Kaufmann mußte also nicht, was nun das Mehl in Papiermark kosten würde und konnte es nicht weiter verkaufen. Er setzte sich damit der Gefahr der Zurückhaltung von Waren und der Umgehung der Preisstrebereibereinerordnung aus. Aber es half ihm nichts. Denn er konnte eine Ware nicht verkaufen, von der er nicht wußte, was sie ihm selbst kostet.

So stellten es die Einzelhändler dar. Man hätte Grund, ihre Aussagen zu bezweifeln, weil auch der Einzelhandel bei der Wahneinnehmung seiner Interessen oft Anschauungen verfocht, welche sich mit denen der Verbraucher nicht deckten. Aber auch die Genossenschaften waren in genau derselben Lage. Schmalz das ihnen sicher war, das sie vielleicht schon auf Lager hatten, konnte nicht in die Verteilungsstellen gehen, weil die Rechnung über den Einkaufspreis noch nicht vorlag.

Und nun stelle man sich auf der anderen Seite die ungeheure Gefahr von Verbrauchern vor, die erlebten, wie Schmalz- und Margarinepreise, Mehl, Hülsenfrüchte, Reis sich innerhalb weniger Stunden verdoppelte, ohne daß die Papiermark, die sie dafür aufwenden konnten, mehr wurde. Alles raßte nach Ware. Da sich irgend etwas zeigte, wurde es gekauft. Die Kartoffelknappheit, angeht die verpörrichten Ernte, wobei eine ungewöhnliche

Erscheinung noch überhaupt von wesentlicher Bedeutung, wenn andere Nahrungsmittel da sind, verstärkte den Eindruck der Warenknappheit, die im Einzelhandel tatsächlich vorhanden war. Über das Wesentliche, zugleich das Größte, war, daß es ja in Wirklichkeit an den für die Massen lebenswichtigen Waren, vor allem Mehl, Schmalz, Margarine, der deutschen Volkswirtschaft nicht fehlte, nur daß der Großhandel und der Produzent unter dem Druck des stündlich schwankenden Marktkurses nicht abgeben wollte oder nur unter Bedingungen, welche von der großen Masse der Händler nicht ertragen werden könnten.

Die Desorganisation des Warenmarktes ist vollkommen. Sie zeigt in großen Umrissen die ungeheure Gefahr, die droht, wenn die Mark als Zahlungsmittel ebenso verschwindet, wie sie schon als Wertmesser seit Monaten verschwunden ist, ohne daß ein neues Zahlungsmittel oder mindestens eine neue Rechnungseinheit eingeführt war. Gätten wir in diesem Zeitpunkt schon eine Zwischenwährung dergestalt, daß wir in Gold rechneten und in Papiermark zahlten, so war dieser ganze Zustand zu vermeiden. Der Importeur wäre dann nicht darauf angewiesen, sofort seine Devisen zu verkaufen, sondern es genügt ihm, wenn er den Papiermarkwert seiner Ware sofort bei einer Bank auf Goldkonto gutschreiben lassen konnte, sobald er in jedem Falle diejenige Devisenmenge, welche die Papiermark am Zeitpunkt des Verkaufes vorstellte, damit erhalten konnte. Der Händler brauchte nicht zu warten, bis nun der Importeur sich in Devisen eindeckte, sondern er zahlte seinen dem Goldpreis entsprechenden Papiermarkbetrag und bekam dafür Ware, für die er ebenfalls nach dem jeweiligen Goldwert Papiermark empfing und diese durch Einzahlung auf ein Goldkonto gegen die Entwertung sicherte. So aber erleben wir die Auszehrung des Warenmarktes bei vollen Lagern. Die Ware kam nicht an den Konsumenten, dem Kleinhandel wurde das Betriebskapital angegriffen, wo nicht aufgezehrt. Das Chaos schien unvermeidlich.

Das ist das Ergebnis einer Devisenpolitik der Reichsbank, die nun schon fast den halben Goldbestand des Reiches gestofft hat und einer Finanz- und Wirtschaftspolitik, die im Zeichen des Abwehrkampfes an der Ruhr stehen soll. Wenn größeres Unheil vermieden werden soll, muß die Goldrechnung mit größter Beschleunigung kommen. Die Verantwortung aber für die Wirren am Warenmarkt mit allen ihren Konsequenzen trägt das famose Kabinett der dissonanzfähigen Unterschriften, das überall nur halbe Maßnahmen traf und auch diese erst so spät, daß derart katastrophale Zustände unvermeidlich wurden.

Womit wird die Vertrufung bezahlt?

Zu der Frage, woher das Geld für die Konzentration der deutschen Industrie kommt, bringt die Weltwirtschaftliche Korrespondenz folgende beachtliche Ausführungen:

Deutschland verarmt. Aber gleichzeitig bilden sich die riesenhaften Konzerne, die ihre Vorbilder im reichen Amerika oder aus der besten Zeit von Deutschlands wirtschaftlicher Blüte erreichen oder gar übertreffen. Wie ist das möglich? Klagt man nicht allgemein über Kapitalmangel? Woher haben die Großen das Geld, um die Kleinen aufzukaufen und die Kapitalkonzentration zu vollziehen? Dafür gibt es mindestens vier Quellen. Erstens: die Reichsbankpolitik.

Die Reichsbank gewährt heute Kredite zu einem Satz von 18 Prozent Jahreszinsen. Das ist lächerlich billig, das ist geschenkt, wenn man sich überlegt, daß das Papiergeld sich im Laufe des halben Jahres um das Zehn- bis Fünffache entwertet hat. Und die Großindustriellen haben unmittelbaren Zugang zu

Devisen-Kurse.

Berlin, 1. August.

Ämtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	31. Juli.	30. Juli.
Amsterdam	1 fl. 428925,--	428925,--
Brüssel (Antwerpen)	1 Fr. 52867,50	52867,50
Kristiania	1 Kr. 175560,--	175560,--
Kopenhagen	1 Kr. 195510,--	195510,--
Stockholm	1 Kr. 290272,--	290272,50
Helsingfors	1 finn. Mk. 30423,50	30423,50
Rom	1 Lire 47880,--	47880,--
London	1 £ 4987500,--	4987500,--
Neuyork	1 Dollar 1097250,--	1097250,--
Paris	1 Frs. 63840,--	63840,--
Zürich	1 Frs. 194512,50	194512,50
Madrid	1 Pessetas 155610,--	155610,--
Wien	100 Kr. 1516,--	1596,--
Prag	1 Kr. 33166,50	33166,50
Budapest	100 Kr. 44,88	44,82

diesen geschenkten Krediten. Auf wessen Kosten? Auf Kosten der gekamten übrigen Bevölkerung, die die andere Seite der Inflation, nämlich die Lebensvertierung, zu spüren bekommt. Die Forderung der Arbeiterchaft in bezug auf die Reichsbankpolitik ist daher: hohe Zinsen, Goldzinsen.

Zweitens: die Steuerpolitik.

Die Lohnsteuer wird unmittelbar bei der Lohnzahlung erfasst, während alle übrigen Einkommensteuern erst nach Monaten, also in entwertetem Gelde bezahlt werden. So ist das Steuerstystem auch ein Weg, der zwar keine neuen Kapitalien schafft, wohl aber die Einkommen der einen zugunsten der anderen abschöpft.

Die Forderung der Arbeiterchaft hiergegen ist: hohe Sachwertsteuern, Goldsteuern.

Drittens: die Exportkonjunktur. Die deutschen Waren werden an das Ausland nicht viel unter dem Weltmarktpreis verkauft; aber die Löhne hängen weiter nach. Es ergibt sich ein Ueberschuß, der meistens in ausländischen Guthaben und Anlagen der deutschen Wirtschaft entzogen wird. Also wiederum eine Abschöpfung.

Die Gegenforderung der Arbeiterchaft ist: Goldlöhne.

Viertens: der Bezugsrechtsraub.

Die Großaktionäre der Aktiengesellschaften enteignen in fortwährendem Tempo die kleinen Aktionäre. Dies geschieht durch Kapitalerhöhungen, wobei die Großaktionäre außer dem Anteil an ihren Aktien noch große Pakete von jungen Aktien zu den kleinsten Preisen erwerben können. Sie bilden nämlich zum Schaden der kleinen Aktionäre Übernahmefondskonten, welche einen Teil, gewöhnlich die Hälfte, der jungen Aktien zu niedrigem Kurs übernehmen und mit riesigem Nutzen weiterverkaufen. Die übrigen Aktionäre werden dadurch schwer geschädigt, daß ihr Anteil an dem Vermögen der Gesellschaft durch die Verringerung ihres Anteils an Aktien geringer wird. Dagegen kommen die Mitglieder des Syndikats, die Großaktionäre, in den Besitz riesiger Summen, die sie zum Ankauf der Aktienmehrheit anderer Unternehmungen verwenden. Sie beginnen dann bei der Gesellschaft, deren Aktien sie mit diesen von den anderen Aktionären gekauften Geldern neu erworben haben, das gleiche Spiel von neuem, sie enteignen auch diese Aktionäre und haben neues flüssiges Geld zur Erwerbung von Aktien neuer Gesellschaften. Eine gebräuchliche Methode ist dabei der Austausch von Aktien, d. h. der Erwerb der Aktien einer Gesellschaft, bei der der Industriemagnat die Herrschaft erlangen möchte, durch andere Aktien, welche auf die obengedachte Weise, d. h. durch Bezugsrechtsraub, umsonst oder fast umsonst in seine Hände gelangt sind. (Eine jüngst erlassene Verordnung in Oesterreich versucht jetzt den schlimmsten Mißbräuchen des Bezugsrechtsraubs einen Riegel vorzuschieben.)

Die gegenwärtige Kapitalkonzentration in Deutschland ist also nicht eine Folge des Reichtums, sondern der Expropriation. Die Macht der Herren Stinnes und Genossen ist auf dem Boden der deutschen Verarmung erwachsen. Goldzinsen für die Reichsbank, Goldsteuer für das Reich, Goldlöhne für die Arbeiterchaft würden das Wachstum dieser Macht zum mindesten aufhalten können.

Vermischte Nachrichten.

Aus dem fahrenden Zuge geworfen. In der Nähe von Burg-haus bei Fulda stürzte ein Mann aus dem Zuge, der kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus starb. Der Mann scheint das Opfer eines Verbrechens geworden zu sein. Er scheint mit Mitreisenden in Streit geraten und in dessen Verlauf von einer anderen Person gewaltsam aus dem Zuge gestossen worden zu sein. In der zusammengekauften Hand hielt der Tote Westentasche und Stoffreste, was die Annahme eines Verbrechens bestätigen dürfte.

Tragisches Schicksal einer Familie. Im Walde bei Blankensee wurden drei Personen in schwerem Zustand aufgefunden. Es handelt sich um den Kaufmann Dimitri Elias Heddas aus Ranzuth, dessen Frau und einjährige Tochter. Die Familie wohnte bisher in Berlin-Richterfelde und seit kurzem in Hamburg. Bei Heddas befand sich ein Zettel, auf dem er geschrieben hatte: „Durch Familienverhältnisse gezwungen, begeben wir Selbstmord, wir ziehen den Tod einem bitteren Leben vor.“ Das Kind, durch Mund und Hals getroffen, wird vielleicht am Leben bleiben. Die Frau ist bereits gestorben. Der Mann liegt lebensgefährlich verlegt im Krankenhaus.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Leber. Für Inserate: Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.

Drei Soldaten.

Roman von Jon dos Passes

Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julian Gurnewer. (Nachdruck verboten. Der Rast-Verlag, Berlin.)

62. Fortsetzung.

„Glauben Sie, daß das so wichtig ist?“ fragte Genevieve und beugte sich zu ihm hinüber.

„Vielleicht, ich weiß nicht. Aber ich glaube, es kommt immer früher oder später, wenn man nur intensiv genug fühlt. Aber es ist so entsetzlich, zu fühlen, daß alles, was man sagen will, einem entgleitet. Eine Idee kommt einem in den Kopf, und man fühlt sie wachsen und wachsen und kann sie nicht fassen. Es ist wie an einer Straßenecke stehen und eine ungeheure Prozession herantommen sehen, ohne in der Lage zu sein, sich ihr anzuschließen. Oder wie eine Flasche Bier zu öffnen, daß der Schaum herausspritzt, ohne ein Glas zu haben, um es hineinzugießen.“

Genevieve brach in Lachen aus: „Aber Sie können doch aus der Flasche trinken,“ sagte sie mit leuchtenden Augen.

„Ich versuche es ja,“ erwiderte Andrews. „Hier sind wir. Da ist die Kathedrale! Nein, man sieht sie noch nicht!“ rief Genevieve aus.

Sie standen auf. Als sie den Bahnhof verließen, sagte Andrews: „Aber nach alledem: das Einzige, was wichtig ist, ist die Freiheit. Wenn ich erst aus der Klemme heraus sein werde.“

„Ja. Sie haben recht. Wenigstens, was Sie betrifft. Der Künstler sollte frei sein. Von jedem Hindernis.“

„Ich sehe keinen Unterschied zwischen einem Künstler und irgendeinem anderen Arbeiter,“ sagte Andrews aufgebracht.

„Schauen Sie!“

Von dem Platz wo sie standen, über den grünen Kronen eines kleinen Parkes, konnten sie die Kathedrale sehen, mit dem ersten Turm und dem höheren Turm, und dem großen Fenster dazwischen. Sie standen Schulter an Schulter und schauten sich an, ohne zu sprechen.

Nachmittags gingen sie den Hügel hinunter zum Fluß, der zwischen Häusern und Wäldern, aus denen das Geräusch mahlender Räder kam, hindurchfloß. Ueber ihnen und über den Gärten mit in voller Blüte stehenden Birnbäumen stieg die Kathedrale in den bleichen Himmel. Auf einer engen und sehr alten Brücke blieben sie stehen und schauten in das Wasser, das blau und grün und grau schimmerte vom Himmel und von den frischen Blättern der Weidenbäume, die am Ufer standen.

Sie sahen, waren von der Schönheit des Tages und von der ungeheuren Herrlichkeit der Kathedrale erfüllt. Müde von alledem, was sie gesehen und gesagt hatten, sprachen sie von der Zukunft mit ruhigen Stimmen.

„Alles kommt darauf an, zu arbeiten,“ sagte Andrews. „Man muß stark sein, um irgend etwas vollenden zu können. Es kommt nur darauf an, sich seinen Herrn zu erwehlen, glauben Sie nicht auch?“

„Ja. Ich glaube, daß alle die, die das Leben der Menschen irgendwie mitgeformt haben, in irgendeinem Sinne Sklaven waren,“ sagte Genevieve langsam. „Jeder muß sehr viel vom Leben aufgeben, um irgend etwas tief leben zu können. Aber es lohnt sich.“

Sie sah Andrews voll in die Augen. „Ich glaube auch, es lohnt sich. Aber Sie müssen mir helfen. Ich bin wie ein Mensch, der aus einem dunklen Keller ins Licht kommt. Bin fast zu verwirrt von der Helligkeit. Aber ich bin doch wenigstens aus dem Keller heraus.“

„Sehen Sie, da sprang ein Fisch!“ rief Genevieve. „Ob wir noch ein Boot mieten könnten? Glauben Sie nicht auch, es wäre schön, hier in einem Boot hinauszufahren?“

Eine Stimme überlante Genevieves Antwort: „Zeigen Sie Ihren Paß her!“

Andrews wandte sich um. Ein Soldat mit einem runden, braunen Gesicht und roten Backen stand neben ihm auf der Brücke. Andrews starrte ihn an. Eine kleine Narbe oberhalb seines linken Auges stand weiß auf seiner braunen Haut.

„Zeigen Sie Ihren Paß her!“ sagte der Mann wieder. Er hatte eine hohe, quietliche Stimme. Andrews fühlte sein Blut in den Ohren pochen.

„Sind Sie Militärgendarm?“

„Ja.“

„Ich gehöre der Sorbonne-Abteilung an.“

„Was ist denn das für'n Dings?“ fragte der Militärgendarm lachend.

„Was sagt er?“ fragte Genevieve und versuchte zu lächeln. „Nichts. Ich muß mit dem Offizier sprechen und ihm erklären,“ sagte Andrews atemlos. „Geben Sie zu Ihrer Tante. Ich komme hin, sobald ich die Sache in Ordnung gebracht habe.“

„Nein, ich komme mit Ihnen.“

„Bitte, gehen Sie zurück. Es kann ernst sein. Ich komme so schnell wie ich kann,“ sagte Andrews bestimmt.

Sie ging den Hügel hinauf mit schnellen, bestimmten Schritten, ohne sich umgesehen.

„Kein Glück gehabt, Jünglein,“ sagte der Militärgendarm. „Das Weib sah anständig aus. Hätte sie gern 'ne halbe Stunde für mich allein gehabt.“

„Ich gehöre der Sorbonne-Schulabteilung an, in Paris, und ich bin hier ohne einen Paß. Was kann ich da tun?“

„Die werden dir schon was herbringen, mein Lieber,“ sagte der Militärgendarm schill. „Du bist doch nicht etwa ein Mitglied des Generalstabes in Vertiefung, he? Schulabteilung!“

„Nein, gar nicht,“ sagte er vertraulich hinzu. „Wenn du keinen Widerstand leistest, werde ich dir keine Handschellen anlegen.“

„Woher weiß ich, daß Sie überhaupt Militärgendarm sind?“

„Bist schon bald genug wissen.“

Sie gingen eine enge Straße hinunter, zwischen grauen Stauwänden, die mit Moos bewachsen waren.

Auf einem Stuhl hinter dem Fenster eines kleinen Wein-

ladens saß ein Mann mit einem roten Militärpolizeibzeichen, rauchend. Er stand auf, als er sie kommen sah und öffnete die Tür, die eine Hand lauernd auf die Pistolentasche gestützt.

„Da habe ich 'n Vögelchen gefangen, Bill,“ sagte der andere und schob Andrews roh durch die Tür.

„Gut gemacht, Handsome. Is' er still?“

„Hm“, grunzte Handsome.

„Seg dich dahin. Wenn du dich bewegst, kriegt 'ne Kugel in den Rücken.“

Der Militärgendarm zog die Schnauze breit. Er hatte eine schmutzige Haut, die unterhalb der grauen, starren Augen gedunkelt war.

„Der sagt, er sei aus irgendeiner Schulabteilung. Wohl das erste Mal, daß sie'n erwisch't haben, was?“

„Schulabteilung!“ Bill sank lachend in seinen Stuhl am Fenster und streckte die Beine weit vor sich.

„Gut gemacht, was?“ brüllte Handsome, schill lachend.

„Hast du Papiere bei dir? Mußt doch irgendwelche Papiere haben!“

Andrews durchsuchte seine Taschen. Er wurde rot. „Ich sollte eigentlich einen Schulpaß bei mir haben.“

„Sicher, Bürschchen. Bist der Hund!“ sagte Bill. Er lehnte sich tief in seinen Stuhl zurück und blies den Rauch durch die Nase.

„Schau dir 'mal seine Hundemarke an, Handsome!“

Der Mann ging hinüber zu Andrews und riß ihm die Uniform auf.

Andrews zog seinen Körper fort. „Ich habe vergessen, sie heute morgen umzunehmen.“

„Keine Marke, keine Abzeichen.“

„Doch, Infanterie.“

„Keine Papiere.“

„Der ist bestimmt schon 'ne ganze Zeit unterwegs“, sagte Handsome nachdenklich.

„Leg ihm lieber die Handschellen an“, brummte Bill gähnend.

„Wollen noch 'n wenig warten. Dann kommt der Leutnant!“

„Gut nachts.“

„Sicher?“

„Ja, 's kommt vorher kein Zug.“

„Was meinst du zu 'nem Schnaps, Bill?“

„Der Hund da, der hat bestimmt Geld.“

„Du spendiest uns doch 'n Glas Cognac, was Schulabteilung?“

Andrews sah sehr steif auf seinem Stuhl und starrte sie an.

„Ja“, sagte er. „Bestellen Sie sich, was Sie wollen.“

„Behalte ihn im Auge, Handsome. Man kann nie wissen, was so einer plötzlich gegen einen losläßt.“

Bill Suggs ging aus dem Zimmer mit schweren Schritten. Nach einem Augenblick kam er zurück und schwang eine Cognac-Flasche in der Hand.

Amflicher Teil

Sechster Nachtrag

zu der Verordnung vom 5. Juni 1920, betreffend den Markt am Holstentor.

Im § 4 Ziffer 3 Satz 1 werden die Beträge von 6000 und 3600 M. erhöht auf 18 000 und 12 000 M.

Lübeck, den 1. August 1923. (4920) Das Polizeiamt.

Steuerabzug vom Arbeitslohn.

Die Sätze, um die sich der vom Arbeitslohn (Wah- und Natural- oder Sachbezüge) einzu- behaltende Betrag von 10 v. H. des Arbeitslohnes ermäßigt, betragen vom 1. August 1923 ab bei jeder nach dem 31. Juli 1923 erfolgenden Zah- lung von nach dem 31. Juli 1923 fällig gewordenem A. Arbeitslohn

1. für den Arbeitnehmer selbst monatlich 24 000 M. (bisher 6 000 M.),
2. für die zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende Ehefrau monatlich 24 000 M. (bisher 6 000 M.),
3. für jedes zur Haushaltung des Arbeitnehmers zählende minderjährige Kind ohne eigenes Arbeitslohn oder bezw. nicht über 17 Jahre alte Kind mit eigenem Arbeitslohn oder für jeden vom Finanzamt zur Berücksichtigung zugelassenen mittellosen Anverwandten monatlich 180 000 M. (bisher 40 000 M.),
4. zur Abgeltung der nach § 13 zulässigen Abzüge (Werbungskostenaufschlag) monatlich 200 000 M. (bisher 50 000 M.).

Lübeck, den 31. Juli 1923. (4798) Das Finanzamt.

Leerbhof.

Die Gebühren und Vorkosten sind vom 1. August ab weiter erhöht worden. (4794) Lübeck 31. 7. 23. Die Finanzbehörde.

Die Gebühren für die Schlachthofbetriebe sind ab 1. August 1923 erhöht. (Siehe Anschlag in den Betrieben.) (4800) Lübeck, den 31. Juli 1923. Die Schlachthofbehörde.

Arzneitaxe.

Auf Grund des § 50 der G.-O. und des § 2 der M.-O. wird verordnet:

In Nr. 23 der allgemeinen Bestimmungen der deutschen Arzneitaxe 1923, achte abgeänderte Aus- gabe, sind ab 1. August 1923 folgende Änderungen vorzunehmen:

- unter a) Satz 1500 und 3600 M. sind zu lesen
- b) 3600 M. zu lesen 7000 M.,
 - c) 6400 11 000
 - d) u. e) 1200 2500

ferner sind die Apotheker berechnung, für die Zeit vom 1. bis 31. August 1923 an Stelle des durch Befreiung vom gesetzlichen Tage fest- gesetzten Zehntelzuschlages von 33 1/3 v. H. einen solchen von 40 v. H. zu erheben.

Lübeck, den 31. Juli 1923. (4821) Der Gesundheitsrat.

Nichtamflicher Teil

Zeitungsaussträgerin

gegen sehr gute Bezahlung für Schwarlau und Landwehr, auch für Lübecker geeignet. Zu melden bei Giese, Barmer Straße 30. (4623)

Mehrere Frauen zum Zeitungsausstragen

gesucht gegen gute Bezahlung für Bezirk Rüdnic, Siems, Herrentwyl. Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten

Für die herrliche Teil- nahme und die überaus reichen Kronspenden so- wie für die vorzüglichen Worte des Herrn Pastor Gerst am Tage unserer Lieb. Entschlafenen sagen wir innigsten Dank.

Im Namen der Hinter- bliebenen Familie Lehmkuhl.

Für die überaus herz- liche Teilnahme bei dem Hinscheiden meiner lieben Frau, besonders Herrn Pastor Siebenig, meinen herzlichsten Dank. (4505)

Karl Brämer, Sander u. Water.

Sach: Stelle als Gese- llerin, Sanderstr. 29. 1/2 Ang. un- 6 100 an die Exp. d. Bl. (4793)

Sach: Stellen in- d. leeres Zimmer. Ang. u. 6 100 an die Exp. d. Bl.

Sach: Stellen in- d. leeres Zimmer. Ang. u. 6 100 an die Exp. d. Bl.

Sach: Stellen in- d. leeres Zimmer. Ang. u. 6 100 an die Exp. d. Bl.

Konsum-Verein

für Lübeck und Umgegend e. G. m. b. H.

An unsere Mitglieder!

Warenversorgung. Lebensmittel im Werte von über 2000 Millionen Mark führten wir heute unsern Abgabestellen zu. Weitere Zufuh- ren in gleicher Höhe werden diese Woche noch folgen. Troh- dem werden sich unsere Mitglieder noch weiter mit einer Wareneinteilung abfinden müssen, bis es uns gelingt, die vollständig g.lichteten Bestände wieder aufzufüllen. Wir bitten daher nochmals, unsere notwendigen Maß- nahmen zu unterstützen.

Sedes Mitglied muß bis auf weiteres bei jeder Wareneinnahme, auch in den Fleischabgabestellen und in der Manufakturwarenabteilung das **Mitgliedsbuch** vorzeigen. Nur gegen Mitgliedsbuch kann Ware ver- abfolgt werden.

Geschäftsanteil. Ueber 100 Millionen Mark Geschäfts- anteil wurden am ersten Tage nach unserm Aufruf eingezahlt. Ein Zeichen dafür, daß unsere Mitglieder den ganzen Ernst der Zeit erkannt haben und daß sie sich die Versorgung mit Lebensmitteln durch unsern Konsumverein sichern wollen. Wenn wir aber schon in einem **einzigen** Tage unsern Abgabestellen Waren im Werte von über **2000 Millionen Mark** zuführen müssen, dann wird jeder die Notwendigkeit **rascher** Einzahlung des Geschäftsanteils selbst ermessen.

Der Vorstand. 4817

Anfang von Gold- Silber- Bruch, Platin. (4788) Uhrmacher Hübner, Günthausen 13.

OPERA

AUGUST 1923

Lo Stolzenberg
Ilse Mau
Albert Hammer

Castspiel
Adele Genee
die berühmte Parodistin

Mia und Mio
Carl Schloss-Castello
Max Schiefer
Hauskapelle Drechsel

Weißer Engel.

Sonnabend, 4. August
Broker Gommernachtsball
mit Fackeln und Blumen-Polonaise.
Anfang 7 Uhr. (4819) Ende 1 Uhr.

Fledermaus August 1923

Anfang 8 Uhr
Nach gänzlicher Renovierung das neue Eröffnungsprogramm
Elsie Harré,
Verwandlungstänzerin.
Willi Fontaine,
Musikalische Kuriositäten.
C. Petschernoff,
Russisch-Ukrainische Tanztruppe.
Ferry Zimmer
und Partnerin
Universal-Imitator? (4801)
Elinor Y Enrique Harrys
mit ihren originalen Tänzen aus Spanien, Portugal, Brasil u. Mexiko.
Caesaros,
weltberühmte Equilibristen an der elektrischen rotierenden Leiter.



Am Dienstag, nachm. 3 1/2 Uhr, ent- schlief sanft nach langem schwerem Leiden meine her- zensgute Frau, mei- ner Kinder treueste Mutter, unse- rer liebsten Tochter, Schwiegertochter, Schwester u. Schwä- gertin. (4816)

Ida Lütgens, geb. Keil im 27. Lebensjahre. Treisetauert und schmerzlich vermisst von ihrem Gatten Otto nebst Kindern Heinz und Lilly, Eltern, Schwieger- eltern, Großeltern, Geschwistern und allen, die ihr nahe standen. Die Beerdigung findet am Sonn- abend, nachm. 4 Uhr, von der Friedhofs- kapelle Stockelsdorf statt.

Dr. med. Evers
Hals-, Nasen-, Ohren-Arzt
Breite Straße 83. I.
zurück. (4802)

Dr. med. Carl Voss
Fleischhauerstr. 33 (4804)
von der Reise zurück.

Leder
Lederausschnitt
Ersatzsohlen in halt- baren Fabrikaten
Alle Schuhmacher-Artikel
C. Grimm Nachf.,
Lederhandlung und
Schäftefabrik. (4791)

künstliche
Gebisse,
einzelne Zähne
kauft ständig
Goldschmied
Tollgreve
König-
92 straße 92
Kostenlose
Auskunft.

(4803)
Zahl für leere
Rei- und Rheinwein-Flaschen
Stück 3000 Mk.
Ludw. Hartwig,
Oberstraße 8.

Anzeigen,
die in der an dem betr. Tage erschei- nenden Nummer des **„Lübecker Volksboten“** veröffentlicht wer- den sollen, müssen bis **10 Uhr vormittags** an unserer Geschäfts- stelle angeliefert sein; größere Anzei- gen erbiten wir tags vorher.
Die Geschäfts- stelle des Lübecker Volks- boten.
Johannisstr. 46.

Steppdecken
Anfertigung u. Neu- beziehen. Spethmann
Brettestr. 31. Fernsp. 2659 (4627)

Arbeiter- Liederbuch
für Massengesang.
Buchhandlung
Meißner & Co.,
Johannisstr. 46.

Stoffe

für Herren- und Knaben-Anzüge, Kostüme, Mäntel, Schlüpper und Joppen in den denkbar eleganten Farben und Mustern in blau: Kamm- garn, Cheviot, Melton, in grau: schlicht, gestreift, hell und dunkel, ganz aparte Neuheiten, von einfach- ster bis zur besten Qualität, kaufen Sie heute noch zu

auffallend billigen Preisen
4815
von 250 Tausend Mark pro Meter an.

N. Honig's Tuchlager,
Fleischhauerstraße 71, part.
Kein Laden.
Billigste Bezugsquelle für Händler.

W.-Eisen, alte Maschinen
Dampfkess., j. Art
Dampf- u. Schmiedeeisen,
Späner, Schmied-
Gießerei.
W.-Metalle,
Kupfer,
Messing, Zinn,
Blei, Sta-
niol,
Späner
L. Lissianski,
Kanalstr. 21 Oberstraße 19.
Großhandel. Fernsp. 876. Großhandel. (4789)

Brennherd.
Der billigste Sparherd
für Torf, Briketts usw.
Wilh. Dresen,
Röhrenstraße 30-32. 4810

Bläserchor. Jeden (4790) Donnerstag: **Ball.**



Chor- vere n Lübeck.
General- Versammlung
am Donnerstag, 2. Aug.
abends 7 1/2 Uhr.
im Lokale F. Lender,
Gundestraße.
Tagesordnung u. a.:
Beitragerhöhung.

(4813) Der Vorstand.
NB. Unser Ausflug findet am Sonntag, dem 12. August nach Schwerin statt. Abfahrt vormittags 7.15 Uhr. Passive Mit- glieder, welche am Sonn- abend zum Konzert mit- fahren wollen, haben sich bis zum 6. August bei F. Lender zu melden.
D. D.

Trocadero.

Schüsselbud. 4. F. 787
Täglich ab 5 Uhr nachmittags:
Stimmungs- Konzerte. (4787)

Hansa-Theater.
Deute Mittwoch, 8 Uhr:
Gastspiel der Berliner Rottel-Bühnen
Zum ersten Male
„Die Entlassung“
Kaiser Wilhelm II.—Dis-
mark-Drama
von Emil Ludwig.
Verboten gewesen.
Donnerstag und folgende Tage, 8 Uhr: (4798)
„Die Entlassung“.

Freisinn Lübeck.

Mittwoch, 1. August

Arbeitslosigkeit.

Man kann es auch Gewöhnung nennen, aber hiermit ist mehr ein passiver Zustand, mit Anpassung dagegen ein aktives Vorgehen verbunden. Als die Butter 1914 zwei Mark kostete und viele diesen Preis beklagten, wurde ihnen die trostliche Antwort: Kaufen Sie, Sie wird bald zwanzig Mark kosten.

Jetzt lächeln wir über diese Harmlosigkeit und gähnen lethargisch und mehr. Wir haben uns als passive Objekte der modernen Wirtschaftskrise an das schmale Zahlen der phantastischen Summen „gewöhnlich“, während die Gegenstände sich mit ihren Fortschritten den Verhältnissen „anpassen“ hat. „Man muß doch mit der Zeit mitgehen“, laut ein jeder und schraubt von Woche zu Woche, ja von Tag zu Tag die Preise höher. Stille Hemmungen sind nicht vorhanden: Was nicht zahlen kann, mag verhandeln. Dem psychologischen Schicksal eines späteren deutschen Doktorhewst muß es vorbehalten sein, in das Innere der Seele des Menschen zu leuchten, der mit ruhiger Hand auf die Ausschüttung der Butter, Käse, Kartoffeln, Granen usw. so und so viele tausend Mark. Nächstes rechnet gleichzeitig sein Verstand den Verdienst aus: wieviel hundert Tausend Mark er auf die Bank am Wochenende tragen kann, wahrscheinlich um „Devisen“ zu kaufen. Er hat zwar zu seinem Betriebe keine nötig, aber man kann nie wissen...

Und das Publikum wagt sich ebenfalls erstaunlich schnell an. Gestern kostete eine Saug- noch tausend Mark — heute bereits zwei. Erblickt man in einer Auslage noch eine Ware, die etwa um ein paar hundert Mark gegenüber den Notierungen der Konkurrenz billiger ist, so starrt man über diese „Billigkeit“. „Die Waage kostet ja „nur“ Hunderttausend Mark“ — wie oft hört man diesen Satz in allen möglichen Variationen. Und nicht minder oft den anderen: „Geld hat ja gar keinen Wert; es ist besser, man legt es in „Sachwerten“ an!“ Als ob eine Waage, die kaum ein Bi erteljahr durchhält, etwas Sachwertiges ist. Hier und da kommt der zweite gern zitierte Satz zu Hilfe: „Was der Mensch braucht, muß er haben.“

Die Logik des Verkaufernders, nicht die eines am wirtschaftlichen Abgründe wandelnden Volkes. Aber man hat sich mit seinen Anschauungen so sehr der Feuerung angepasst, daß reale Erwägungen kaum noch mitsprechen. Geld ist nur Chimäre — möge das Erwachen für den Anwandlungsbesessenen nicht zu graulich sein.

Das Recht der Betriebsräte zum Anschlag von Bekanntmachungen. Der preussische Minister für Handel und Gewerbe hat unterm 30. April 1923 folgende Richtlinien an die Regierungspräsidenten, den Polizeipräsidenten von Berlin und die Oberbergämter herabgegeben:

Es sind in der Praxis in letzter Zeit wiederholt Zweifel über das Recht der Betriebsräte zum Anschlag von Bekanntmachungen aufgetreten. Zur Klarstellung und im Interesse möglicher Rechtseinheitlichkeit teile ich das Ergebnis meiner Prüfung als Anhalt für künftige Entscheidungen in den nachstehenden, zusammenfassenden Gesichtspunkten ergeben mit:

1. Der Betriebsrat hat das Recht, die zur Erfüllung seiner gesetzlichen Aufgaben notwendigen Bekanntmachungen an die Arbeitnehmererschaft ohne Genehmigung des Arbeitgebers anzuschlagen. Der Arbeitgeber ist auf Grund des § 36 B.R.G. verpflichtet, dem Betriebsrat die dazu erforderliche Gelegenheit zur Bekanntmachung an den werksüblichen Anschlagtafeln zu geben.

2. Der Betriebsrat hat dem Arbeitgeber rechtzeitig von seinen Bekanntmachungen vor dem Anschlag durch Ueberbringung einer Abschrift Kenntnis zu geben, damit zur Vermeidung von Erschütterungen des Betriebes der Arbeitgeber die Möglichkeit zu Verhandlungen mit dem Betriebsrat über den Inhalt des Anschlages hat.

3. Damit der Betriebsrat in der Erfüllung seiner Aufgaben aus dem Betriebsrätegesetz, insbesondere aus § 66, Ziffer 3 und § 70 B.R.G., nicht behindert wird, dem Betriebsrat von seinen Bekanntmachungen, soweit sie den Aufgabenkreis der Betriebsräte betreffen, rechtzeitig vor dem Anschlag durch Ueberbringung einer Abschrift Kenntnis zu geben.

4. Streitigkeiten sind nach §§ 93 und 103 B.R.G. in Verbindung mit seinen Ausführungsbestimmungen vom 8. März 1920 zu § 103 B.R.G. (S. M. Bl. 86) zu entscheiden. In Fällen, die keinen Anschlag zulassen, ist die Entscheidung der ersten Instanz (Gewerberat, Bergemeister) vorläufig bindend. Die Entscheidung hat zum Ausdruck zu bringen, das Recht zur Einlegung des zulässigen Rechtsmittels innerhalb der vorgegebenen Frist wird hierdurch nicht berührt.

In Verhandlungen des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes mit der Arbeitshörde teilte diese mit, daß die hiesigen Schlichtungsstellen in der Praxis nach diesen Richtlinien verfahren haben. Trotzdem empfiehlt die Hörde allen Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sich dieselben reiflich zu eigen zu machen, um eine unnötige Befassung des Schlichtungsausschusses zu vermeiden. Das selbständige Recht der Betriebsvertretungen im Rahmen ihres Aufgabekreises Bekanntmachungen am schwarzen Brett anzuschlagen, ist damit gewahrt. Der vorherige Austausch der Bekanntmachungen der Betriebsvertretungen und der Unternehmer dient dem Zwecke, Meinungsverschiedenheiten nach Möglichkeit auf friedlichem Wege auszugleichen. In dem Falle, daß eine Einigung nicht erzielt werden kann, bleibt jedoch sowohl das Recht des Unternehmers als auch das des Betriebsrates, trotzdem die Bekanntmachung anzuschlagen, bestehen. Beide Teile müssen dann dem Schlichtungsausschuss entscheiden lassen, der zu bestimmen hat, ob die Bekanntmachung zum Recht besteht oder zu entfernen ist. Das Recht des Unternehmers, Bekanntmachungen der Betriebsvertretungen zu entfernen, besteht dagegen nicht. Wir eruchen alle Betriebsvertretungen, nach diesen Richtlinien zu verfahren. Nähere Auskunft wird auf dem Gewerkschaftssekretariat, Johannisstraße 48 erteilt.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Ortsausfluß Lübeck. J. A. Dreger.

Lübecker Feuerungsziffern im Juli 1923.

Den Berechnungen des Statistischen Landesamts liegt die vom Reich nach Art und Menge einheitlich festgelegte Normration, enthaltend Lebensmittel, Brennstoffe, Leuchtmittel, monatlichen Mietpreis einer Zweizimmerwohnung und Bekleidung für eine aus 2 Erwachsenen und 3 Kindern im Alter von 12, 7 und 1 1/2 Jahren bestehende Familie zugrunde. Die Feuerungszahl selber stellt die Geldmenge dar, die zur Beschaffung dieser Lebensbedürfnisse für 4 Wochen erforderlich ist. Die Ziffern dagegen gibt den Grad der Feuerung an, d. h. um wieviel jenseit der Kostenbetrag für die vorgenannte Normration höher ist als im Durchschnitt der Jahre 1913/14.

Die auf Grund der Erhebung für Ernährung, Heizung, Beleuchtung, Wohnung und Bekleidung berechneten Feuerungsziffern zeigen im Juli folgende Entwicklung:

Feuerungszahl	Ziffer (1913/14=1)	Steigerung gegenüber dem Vormonat	Steigerung gegenüber dem Durchschnitt der Jahre 1913/14
4. Juli 1923	1 642 970	17 514	24,6
11. Juli 1923	2 895 572	25 568	46,0
18. Juli 1923	8 079 888	32 831	28,4
23. Juli 1923	4 461 735	47 581	44,9
30. Juli 1923	9 008 258	96 027	101,9
Juli-Durchschnitt	3 430 154	36 565	28,7

Die Zahlen sind von Woche zu Woche erheblich gestiegen, besonders in der letzten schnellsten die Preise gewaltig in die Höhe. Die Steigerung beträgt vom 4. bis 11. Juli 46,0 %, in der folgenden Woche 28,4 %, in der nächsten 44,9 % und in der letzten gar 101,9 %.

Die Durchschnitts-Feuerungszahl, berechnet nach den

beiden Stichtagen vom 11. und 23. Juli beträgt 3 430 154 Mark und ist seit Juni um 286,7 % gestiegen. Die Durchschnittszahl ohne Bekleidung stellt sich auf 2 690 840 Mark und damit um 278,7 % höher als im Vormonat. Die Bekleidungsbeitrag allein ist auf 739 314 Mark berechnet und um 321,5 % höher als im Vormonat. Das sind die größten Steigerungen, die wir bisher hatten. Seit Januar d. J. haben sich die Gesamtkosten um fast das 80fache und seit Juli 1922 um fast das 600fache erhöht. Die Durchschnittszahlen sind inzwischen schon wieder ganz wesentlich überhoit.

Die Lübecker Indexziffern (1913/14 = 1) stellen sich in den letzten 4 Monaten folgendermaßen:

	April	Mai	Juni	Juli
Ernährung	3508	5012	11 481	42 684
Heizung	5957	6102	10 036	44 946
Beleuchtung	4052	4428	9 100	35 972
Wohnung	227	277	391	1 319
Bekleidung	3507	5362	13 198	55 629
Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung	2959	4014	8 839	33 418
mit Bekleidung	3037	4205	9 457	36 565

Hiernach sind im Juli-Durchschnitt die Ernährungsstoffe 42 684 mal, die Kosten für Heizung 44 946 mal, die für Beleuchtung 35 972 mal, die Wohnungsmiete 1319 mal höher als im Durchschnitt der Jahre 1913/14, und für die Bekleidung war ein um 55 629 mal höherer Betrag als damals aufzuwenden. Die gesamten Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung erforderten 33 418 mal und die mit Bekleidung 36 565 mal mehr als vor dem Kriege. Die Steigerungen zum Vormonat betragen bei den Ernährungsstoffen 271,8 %, bei den Ausgaben für Heizung 347,9 %, bei denen für Beleuchtung 295,3 %, für die Wohnungsmiete 237,2 % und bei den Bekleidungskosten endlich 321,5 %. Die Indexziffer für die Lebenshaltungskosten ohne Bekleidung ist um 278,7 % und die für die Lebenshaltungskosten mit Bekleidung um 286,7 % höher als im Vormonat.

Änderungen in der Angestelltenversicherung.

Das am 4. Juli 1923 vom Reichstage verabschiedete am 13. Juli verkündete Gesetz hat die Leistungen und Beiträge erhöht. Vom 1. August 1923 an sind der Grundbeitrag und Kindergeld vergrößert, die jährliche Feuerungszulage auf 360 000 M. bei Ruhegeld, Witwen- und Witwenrente und auf 180 000 M. bei Waisenrente festgesetzt. Vom gleichen Zeitpunkt an gelten folgende neue Gehaltsklassen und Beiträge:

von mehr als	Beitr. mtl.
KL. 13 (monatl. Entgelt bis 180 000 M.)	5 000 M.
KL. 14 (monatl. Entgelt bis 360 000 M.)	10 000 M.
KL. 15 (monatl. Entgelt bis 540 000 M.)	17 000 M.
KL. 16 (monatl. Entgelt bis 720 000 M.)	24 000 M.
KL. 17 (monatl. Entgelt bis 900 000 M.)	32 000 M.
KL. 18 (monatl. Entgelt bis 1 260 000 M.)	42 000 M.
KL. 19 (monatl. Entgelt bis 1 620 000 M.)	54 000 M.
KL. 20 (monatl. Entgelt bis 1 980 000 M.)	68 000 M.
KL. 21 (monatl. Entgelt bis 2 430 000 M.)	82 000 M.
KL. 22 (monatl. Entgelt bis 2 970 000 M.)	100 000 M.
KL. 23 (monatl. Entgelt über 2 970 000 M.)	124 000 M.

Die neuen Klassen sind von Ende Juli an bei der Post erhältlich. — Vom Tage des Inkrafttretens des neuen Gesetzes an treten folgende Änderungen ein:

Die Gehaltsklassen 1—12 sind bis auf weiteres (auch für die freiwillige Versicherung) außer Kraft gesetzt. Alle Versicherten, deren Entgelt weniger als 60 000 M. beträgt, müssen vom 1. 8. 23 an den Beitrag in Klasse 13 entrichten. Lediglich für Juli 23 bleiben für Beihilfliche und jugendliche Angestellte bis zum vollen 18. Lebensjahre, soweit sie einen monatlichen Entgelt unter 60 000 M. erhalten, noch die Gehaltsklassen 8—12 bestehen mit der Maßgabe, daß für solche Versicherte, deren Verdienst den Betrag von monatlich 12 000 M. nicht erreicht, der Beitrag in Gehaltsklasse 8 (monatlich 1150 M.) zu entrichten ist. Ungültig gewordene Marken können innerhalb 3 Monaten

Prinzessinnenliebe und Korvettenkapitän

oder

Meineidig, aber doch Jungfrau.

(52. Fortsetzung eines Hinterzweckenromans.)

LXXV. Kapitel.

Mit freudvollen Augen erhob sich Prinzessin Margarete. Totenstill saßen die Richter im Gerichtssaal, während ihr süßes Lächeln bewegt flüsterten:

„Ehrhardt war tot. Er hatte seinen Namen abgelegt. Er war nun ein anderer Mensch. Es lebte nur Herr v. Schwewe.“

Tiefeschnitten Ohren lauschten die Richter dem angeklagten Vorbringen. So hatte die Prinzessin dereinst auch dem bestroffenen Untersuchungsrichter zornig ins Gesicht geschleudert, daß es einem Wesen ihres Standes nicht zuzüme, Eide zu schwören, namentlich keine wahrheitsgemäßen. Und als der plebejische Wicht sich heimlich auf die Weimarer Verfassung betraf, nach welchem Nachwerk alle Standesunterschiede aufgehoben seien, hatte sie ihm mit zornbelebten Lippen das Buch entzissen und vor die entsetzten Fäße geschleudert.

„Ich werde meinen Reichsvater um Rat fragen.“ Gellend schallt das Wort durch die schaurige Stille des Gerichtszimmers.

Zwei Nächte lang heftete die Prinzessin ihrem Reichsvater, der, wie der schärfsinnige Leser bereits erraten hat, kein anderer ist als der Held dieses Romans. Was in dieser Zeit von den beiden besprochen wurde, erzählt kein Mensch außer dem Rechtsstudierenden Siebig, den der galante Reichsvater ab und zu zur Unterstützung heranzog.

Am dritten Morgen aber erhob sich die Prinzessin, trat vor den Untersuchungsrichter und beschwor finstern Hauptes die Worte:

„Ich kenne keinen Ehrhardt mehr, ich kenne nur noch v. Schwewe.“

Hohnlachend rutschte sie auf dunklen Stühlen hinaus. Der lohnfühlende Untersuchungsrichter aber starrte auf einen Zettel, den ihm eine unbekannte Judasband in die Akten geschmuggelt hatte:

„Schwamm — v. Schwewe, v. Schwewe — Ehrhardt. Sind zwei Wogen einer dritten gleich, so sind sie auch untereinander gleich.“

Der Untersuchungsrichter arübelte mit gerungenen Fäusten. Dann fertigte er den Haftbefehl gegen Schwamm aus.

LXXVI. Kapitel.

In rascher Fahrt, die zwei Führern das Lebenslicht löschte, hatte sich unterdessen das Polizeiautomobil dem fleischlichen Städtchen Kervode genähert. Jetzt hielt es vor der durch anmutigen Komfort des aus Südwesafrika infolge des Krieges zurückgekehrten Besitzers ausgezeichneten Villa des Freiherrn hinter dem Busch.

Ein märrischer Förster öffnete und bedeckte den ihm entgegenstehenden Scherger, daß der Freiherr verzeiht sei und infolge dessen im Tüschel mit seiner Gattin nicht verzeiht zu werden wünsche.

Mit Inmirendem Lächeln schob ein stämmiger Polizist ihn beiseite. Ueber die Treppe drangen sie vor.

Der Freiherr hinter dem Busch war gerade darin verhaft, der Freisinn hinter dem Busch einen zärtlichen Kuß auf die Stirn zu segeln, als die rauhe Horde eindrang.

Mit erhobenem Brust trat ihnen der Freiherr entgegen.

„Gymnas!“

Er deutete auf sein Jagdgewehr.

Aber die Schergen waren in der Ueberzahl. Während der eine den tieferschnittenen Freiherrn umzingelte, griff der andere mit vorwegener Hand unter das Kopfkissen, dessen frischbezogener Bezug in der linken Ecke die lebendigste Freiherrnkrone trug, das Zeichen seines Ruhmstellers.

Ein gellendes Hohngelächter — er hielt die verräterischen Papiere in der Hand.

Doch zu früh. Die Freisinn, der keine seiner Bewegungen entgangen war, stützte wie eine Furie über ihn her, und während ein tränenschnitten Blick der ersten sich auf dem nachsichtig stehenden Porträt Ehrhardts-Schwewe-Schwamm, das letzteren ohne Vollbart darstellte, festlog, verhielt er sich das rechtzeitig entziffene Papier.

Ein schriller Ausschrei des Polizisten — und schon war die zerstaute Papiermasse in den ewig verschwiegenen Magen der Freisinn hinabgeschlitten.

LXXVII. Kapitel.

Der Reichstanzler Cuno hatte die Minister um sich versammelt. „Meine Herren,“ sprach er mit tränenanfeuchtender Stimme, „wir können der Hölle, aber mürigen Verschwörer nicht Herr werden, Szegherger ist ermordet, Rathenau ermordet, Ehrhardt nach Ungarn entkommen. Meine feste Ueberzeugung geht dahin: (Fortsetzung folgt.)

Wäch. v. Lindenbeken.

Schwäbische Kunde. In einem Märkchen Württembergs, das sich im Unteritalien „Ein unterhaltendes und belehrendes Volks- und Anzeigebblatt“ rühmt, hat ein kulturhistorischer Preisförlage den folgenden (von uns mit einigen Strichungen versehenen) „Stuttgarter Theaterbrief“ zur Unterhaltung und Belehrung seiner Mitbürger losgelassen: „Am letzten Sonntag führte die Scharisoper „Die Frau ohne Schatten“ von Richard Strauß auf. Ueber den Text kann man nicht genau schreiben, da er sehr verwickelt ist. Er stammt von Hugo von Hoffmannsdahl. Die Operleitung gab eine überaus lange Uebersicht des Textes auf dem Programm. Wenn man das Stück sieht, interessiert es sehr. Verständlich ist es nicht, weil eine überaus merkwürdige Phantastie dazu gehört. Die Musik ist äußerst lebhaft und macht zuweilen einen Höllenschrei, der den nicht zahlreichen Zuhörern trotzdem sehr gefiel. Richard Strauß hat neben „Frau ohne Schatten“ die „Salome“ komponiert. In beiden singt ein Sängerin, die in der internationalen Opernwelt zu den bedeutendsten gehört und überaus lebhaftes Temperament besitzt: E. C. ... Leute, die fern von einem Theater sind und sich über Stücke, Musik und Künstler informieren wollen, um mitreden zu können, wenn man von

Nichtgelesenem redet, mögen also über sie wichtiges erfahren und zu Hause sich ein Bild davon machen: E. C. ist in „Iran ohne Schatten“ eine Fürstentochter, die kein Kind hat. Einer Kaiserin, die im Besitz einer wilden Amme ist, geht es ebenso. Die Amme hat übermächtige Kräfte, zaubert bei dem Fürsten Barak einen schönen Jüngling (L. B.) hervor, der sich mit der Fürstentochter einlassen soll. Die sehr nervöse Frau erschrickt. Damit der Kaiser zu einem Kinde komme, verdingt sich die Kaiserin mit der Amme zur Fürstentochter, wo wir nun Stimmen der Angehörigen hören. Die Fürstentochter wird gewalttätig. Die Amme gibt dem Manne einen Schlaftrunk. Der Jüngling erscheint. Jedoch ist die Fürstentochter zu nervös. Schließlich schreit sie, ohne daß wir eine Ahnung haben, jetzt habe sie einen Schatten. Daraufhin werden alle fertig. Die E. machte all diese Geschichten mit einem ledernen Temperament. So tat sie als Salome. Damals war Doktor O. B. von B. als Herodes als Partner. Sie raffte um den Johannesbrunnen wie eine Tigerin, erregte die Zuschauer so daß sie Nächte lang nervös waren und ihr Herodes war so besgetert, daß er heruntergekommen, wie dieser Herodes ist, die Schleier, die sie abwarf, raffing und die Schleier ablegte, sie in seinem Gesicht herumtrieb und wahnhaftig gelb wurde. Doktor O. B. gilt für den besten Herodes und wer Gelegenheit hat, ihn zu sehen, veräume es nicht. Das ist felleste Verbindung von Schauspielkunst mit Gesang, eine auf den Opernbühnen sonst nicht übliche Aufmachung. Doktor O. B. ist darstellerisch und gefanglich eine absolute Seltenheit und mit ihm E. C. Leser von Zeitungen, die in kein Theater gehen können, hören oft von hoch an hohen Künstlern, ohne sich eine Vorstellung von ihnen zu machen. Sie haben dann gar keinen Begriff, wie so etwas vor sich geht. Sie lesen dann in einer unverständlich technischen Abhandlung Dinge, die ihnen den Geschmack mehr nehmen. Hier bei dieser E. C. kann man es populär beschreiben ... — Und wahrhaftig: unfer Kritikus hat es so „populär“ getan, daß sich selbst die Dämonen und Käse seines Heimatsortes nach der schönen Salome der E. die Klauen lecken werden.

Ein Kraftwert am Jordan. Auf der Strecke vom Meromsee bis zum Toten Meer fällt der Jordan um vierhundert Meter. Die Kraft dieses Abflusses soll dem Lande dienstbar gemacht werden, vorerst zwischen dem See Tiberias und der Ebene Jazzeel, wo das Gefälle auf einer Strecke von 12 Kilometern mehr als vierzig Meter beträgt. Erbauer dieses Wasserkraftwerkes ist der russische Ingenieur Peter Kuthenberg, der wie „Das Neue Palästina“ mittelt, unter Kerenski Gouverneur von Petersburg war, sich aber seitdem von der Politik abgewandt hat. Kuthenberg hat eine ähnliche Anlage schon in Nord-Kalabrien geschaffen. Die Wasserkraft des Jordangebietes wird in Elektrizität umgewandelt und gleichzeitig der Bewässerung des Landes dienstbar gemacht werden. Das Kapital für die Anlage — eine Million Pfund Sterling — ist von einigen Engländern aufgebracht worden. Das Kraftwerk soll dem Jordanwasser zunächst jährlich 16 Millionen Kilowattstunden abgeben. Die Anlage ist nur ein kleiner Teil innerhalb eines großen Planes der wirtschaftlichen Entwicklung und moderner technischen Durchdringung Palästinas.

nach Ablauf der Gültigkeitsdauer bei den Verkaufsstellen umgetauscht werden.

Die Versicherungspflichtgrenze ist mit Wirkung vom 1. Juli ab auf 78 Millionen Mark im unbesetzten Gebiet und auf 96 Millionen Mark im besetzten Gebiet, im Einbruchgebiet und in den Bezirken, in denen besondere Vorschriften für die Erwerbslosenversicherung gelten, festgesetzt.

Für Versicherte, die auf Grund einer Lebensversicherung von der eigenen Beitragsleistung befreit sind (Halbversicherte) entrichtet der Arbeitgeber die Hälfte des Beitrages ihrer Gehaltsklasse. Entspricht die Hälfte nicht einem der neuen Beiträge, so ist der nächsthöhere zu entrichten (Beispiel: Beitrag Klasse 23: 124 000 M., Hälfte 62 000 M.; es ist die Klasse 20 mit 58 000 M. zu Heben). Der Arbeitgeber kann vom Halbversicherten die Erstattung des Mehrbetrages, im vorbezeichneten Falle also 6000 M. verlangen.

Bei der Frage, ob ein Angestellter auf Grund seines Lebensversicherungsvertrages nach der Versicherungspflicht unterliegt oder ob er die Versicherungsgrenze überschritten hat, werden die mit Rücksicht auf den Familienstand gewährten Zulagen (Frauen- und Kinderzulage) nicht angerechnet. Sie werden aber mitgerechnet bei der Feststellung, in welcher Gehaltsklasse die Beiträge zu entrichten sind.

Schlieflich ist zugunsten familiärer Versicherten bestimmt, daß alle in der Angestelltenversicherung erworbenen Anwartschaften bis zum 31. Dezember 1922 als erworben erhalten gelten.

Zur Lohnbewegung der Gruppe III.

Der General-Anzeiger bringt in seiner heutigen Nummer eine Notiz über die Lohnverhandlungen für die Gruppe III der Metallindustrie, die in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Es wird dort die Behauptung aufgestellt, daß die Arbeitnehmer einen Stundenlohn von 45 000 M. gefordert hätten, die Arbeitgeber hätten aber größtes Entgegenkommen gezeigt und wären noch über die Forderung um 5000 M. hinausgegangen. Diese Behauptung entspricht jeder Grundlage und ist nur geeignet, die Verhandlungskommission bei ihren Kollegen in Mißtraut zu bringen. Es ist bisher noch nicht ein einzigesmal der Fall gewesen, daß die Arbeitgeber unsere Forderung voll bewilligt haben, geschweige denn noch darüber hinausgegangen sind; auch diesmal nicht. Von einem anständigen Staat sollte man verlangen, daß es, bevor es Dinge veröffentlicht, zunächst genaue Erkundigungen einzieht. Dem General-Anzeiger ist vom Arbeitgeberbund keine Nachricht zugegangen; vom Metallarbeiter-Verband ebenfalls nicht. Es ist deshalb anzunehmen, daß der General-Anzeiger keine Behauptung geträumt hat.

5. Distrikt. Am Sonnabend hielt der 5. Distrikt seine Mitgliederversammlung für den Juli ab. Weit über 100 Gewerkschafter und Genossen hatten sich bei Hennigs (Augustenstr.) versammelt. Gen. Dr. Leber referierte über die politische Entwicklung der letzten Monate. Wie die bürgerliche Regierung und der Reichstag Canos sich klammert habe, konnte er an den Verhältnissen nicht nachweisen. Für die Partei forderte er größere Bewegung. In der Politik und auch in der Agitation. Der Distriktsführer, Gen. Schmalzfeldt, konnte am Schluß der Versammlung keine Freude darüber aussprechen, daß so zahlreiche Mitglieder erschienen waren. Und er forderte auf, daß die Bewegung, die zurzeit keinen Distrikt auszeichnen, anhalten und der Partei noch manchen Erfolg bringen möge.

Solkantionen. Bei den in den Lübecker Festen abgehaltenen Solkationen wurden für einen Kestner Eichenholz, Angehört, bis zu 11 Millionen Mark gemacht. Höher geht es nimmer. Was

holl, dann eine Wohnungseinrichtung kosten? Arme Menschen, die jetzt in den Stand der Ehe treten wollen.

Eine höfliche Anfrage. Wie uns mitgeteilt wird, beliefert die „Sensa-Meierei“ ihre Filialen nur mit einem bestimmten Teil Butter, so daß nur einige wenige Käufer befriedigt werden können. Mangel an Milch kann nicht in Frage kommen, da dieselbe zu Milchprodukten verarbeitet wird.

Steuerabzug vom Arbeitslohn. Das Finanzamt teilt uns mit: Vom 1. August 1923 ab sind die beim Steuerabzug zu berücksichtigenden Ermäßigungen gegenüber den seit dem 1. Juli geltenden Sätzen verdoppelt worden. Zu der Bekanntmachung in vorliegender Ausgabe wird noch bemerkt, daß der nach Vornahme der Ermäßigungen einzubehaltende Betrag in allen Fällen auf volle 10 Mark nach unten abzurunden ist. Der Arbeitgeber bleibt nach wie vor an die auf dem Steuerbuche für die Berücksichtigung vermerkte Zahl von Familienangehörigen gebunden. Wendet sich der Familienstand eines Pflüchtigen, z. B. durch die Geburt eines Kindes, so kann die Ermäßigung hierfür vom Arbeitgeber nur dann berücksichtigt werden, wenn der Pflüchtige sein Steuerbuch unter Vorzeigung des bezüglichen Geburtscheines durch das Finanzamt (Zimmer 15) hat ändern lassen. Die erhöhte Ermäßigung bei einer nach dem 31. Juli 1923 erfolgenden Lohnzahlung ist auch dann zu berücksichtigen, wenn der Arbeitslohn bereits im Juli verdient war, der Arbeitnehmer jedoch vor dem 1. Juli 1923 keinen Anspruch hatte, von seinem Arbeitgeber die Auszahlung des Lohnes zu verlangen.

Krankenversicherung der Kurzarbeiter. Verschiedene Anfragen veranlassen das unterzeichnete Sekretariat bekannt zu geben, daß durch den § 12g der Verordnung über Erwerbslosenfürsorge in der Fassung des Gesetzes vom 14. 5. 23 (RGBl. I S. 287) die Krankenversicherung der Kurzarbeiter dahin geregelt ist, daß die Kurzarbeiter bei ihrer Klasse nach demjenigen Grundlohn versichert bleiben, der für sie ohne Kürzung der Arbeitszeit maßgebend wäre. Der Arbeitgeber darf den Kurzarbeitern aber nur die Beitragsteile abziehen, die auf sie bei Zugrundelegung des gekürzten Verdienstes entfallen würden.

Sekretariat des Allg. Deutschen Gewerkschaftsbundes.
K. L. Dreger.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Sozialdemokratischer Verein, Ortsgruppe Travemünde. Donnerstag d. 2. August, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung im Kolosseum. Gen. Wolfradt spricht über „Den deutschen Faschismus und die Arbeiterklasse“. Erscheinen Pflicht.

Janus-Theater. Heute, Mittwoch, 8 Uhr findet das erste Gastspiel der Berliner Kletter-Bühnen mit dem vielumstrittenen Bismarckdrama in 3 Akten von Emil Ludwig „Die Entlassung“ statt.

Schwartau-Kesselfeld. W. W. Donnerstag abend 7,30 Uhr Versammlung.

Angrenzende Gebiete.

Hän. Die Technische Kathilfe in Flön. Die Landarbeiter sind hier wegen Mangel an Arbeit wieder in den Streik getreten. Zur Verrichtung der Notstandsarbeiten letzte deshalb die Technische Kathilfe am geizigen Montag auf vier Gütern unseres Kreises Notthelfer ein.

Hamburg. Quaiarbeiterstreik. Die Quaiarbeiter im Hamburger Hafen, etwa 4000 Mann, sind heute Dienstag wegen Lohnforderungen in den Streik getreten. Seit 12½ Uhr mittags

nicht der Zutrieb. Verhandlungen sind im Gange und eine baldige Wiederaufnahme der Arbeit zu erwarten. Der Betrieb im Hafen selbst wird durch den Streik nicht berührt, da die Hafnarbeiter sich dem Streik nicht anschließen.

Neumünster. Beauftragte Stadtratswahl. Wegen formaler Fehler ist die Wahl des Glasermeisters Wessel, des bisherigen Stadtverordneten-Stellvertreters, zum unbesetzten Stadtrat aus den Kreisen der Haus- und Grundbesitzer beanstandet worden.

Friedrichsruh. Tragischer Tod. Der Württembergische Verband beging gestern nachmittags den 25jährigen Todestag des Reichsstaatsanwalts mit einer Feier in der hiesigen Gruftkapelle. Der Akt fand einen tragischen Abschluß. Der Redner, Pastor Reuß aus Fuhlsbüttel, kam kurz nach Beendigung seiner Predigt am Sarkophoge Bismarcks tot zu Boden.

Gewerkschaften.

Buchdruckerstreik in Berlin. Wegen nicht befriedigenden Lohnangebots haben die Berliner Buchdrucker beschlossen, Dienstag in der Zeit zwischen 1 und 3 Uhr in den Rotendruckereien sowie in den Berliner Zeitungs- und Buchdruckereien von Scherl, Willeim und Wolff ihre Tätigkeit einzustellen. Dienstag nachmittags 4 Uhr findet eine Vollversammlung der Buchdrucker im Gewerkschaftshaus statt, die über die weiteren Maßnahmen entscheiden wird.

Sport.

An die Arbeiter-Sportkarielle in Schleswig-Holstein. Laut Beschluß der Vertreter-Konferenz in Neumünster sind 10 Prozent von den Ueberhöhlen des Reichs-Arbeiter-Sporttages an das Provinzialkartell abzuführen. Die Ortskarielle, die diesem Beschluß bisher nicht nachgekommen sind, werden ersucht, umgehend Abrechnung und Geld an den Sportoffizier R. Klemm, Nienhagen-Garben, Elfenbühlstraße 103, einzufenden. Wenn das Provinzialkartell arbeiten soll, muß es auch im Besitz der dazu nötigen Mittel sein.

Der Vorstand des Provinzial-Kartells Schleswig-Holstein.

Quittung.

Für den Kampffonds gingen ein:	D. Baumgarten 431 000
Kalarbeiter 306 400.	Hammerwerkzeuge L. M. G. 195 000.
Schneiderwerkstatt Ratzeburg 2. Rate 35 000.	Arbeiterkassette v. W. G. Schröder 140 000.
Berlitz Dampfe 54 000.	Belegkassette L. M. G. 3. Rate 140 000.
G. B. 75 000.	Tischlerei Hennert 45 000.
Durch d. Gen. Reugebauer 92 200.	A. W. 50 000.
S. W. 50 000.	Arbeiter d. Lübb. Schweißkassettefabrik, Dänischburg 797 000.
Durch den Gen. Ludwigsen 159 450.	D. Gen. Wriege 37 000.
Arbeiter von Reiff u. Rosenstein 115 000.	Hauptwerkstatt Lübb. Büchen 1 927 700.
Arbeiter Lubekawerke 1. Rate 576 020.	W. 20 000.
F. Sch. 5000.	W. 6300.
Dr. L. 500 000.	

Das Parteisekretariat.

Auch Gardinen.

Vorhänge und dergl. werden durch Heitmann's Reformia auf die billigste, bequemste und schonendste Weise prachtvoll gereinigt. Chemisch-reinige nur mit Heitmann's Reformia.

Restaur. * Cafés * Vergnüg.

Fledermaus
Vorstellung und Tanz.
1. Stock: Sehensw. Vor.
Stimmung * Humor.

»OPERA«
KÜNSTLERSPIELE
ABENDS 8½ UHR.

Zillerthal
Hinter St. Petri 6
bei der Post.
Gemütl. Aufnahmest.
Schiffbauwerkst.

Gewerkschaftshaus
Johannisstraße 50/52

Café Viktoria
Mühlenbrücke 1
Täglich Konzert

Bodega-Weinstuben
Hof H. Giesenberg
Fleischhauerstr. 14
in allbekanntester Gasse.

Kurhaus Travelsdorf
Lübeck's bester Kurort.

Geertz Hotel, Schwartau
am Riebusch. Jed. Sonntag Konzert.

„TROCADERO“
Fernsprecher 787
Schüsselbuden 4
Täglich: Stimmungs-Konzerte.

Schweizerhaus, Straelsdorfer Allee
Fernsprecher 2394
Restaurant, Konditorei und Café
Angenehmer Familienaufenthalt.

Geschäftliche Rundschau
und
Zeitungs-Dauer-Fahrplan
Musterschutz

Abfahrt der Züge von Lübeck nach

Hamburg:	556, 740 ⁷ , 747, 943 D, 1103, 126, 344, 417, 716 ⁷ , 722, 820 D, 930 S, 935.
Travemünde-Nendorf:	527, 800, 900 S ⁷ , 947, 207, 418 ⁷ , 658, 925 ⁷ .
Eutin:	714, S 942, 1208, 200, 725. <small>mit im Juli und August im Juni, Sonntag, im Juli und August möglich.</small>
Büchen:	500, 800, 130, 600. — Segeberg: 130 Werft., 210 Sonnt., 730.
Kleinen:	715, 925 D, 942 D, 1202, 524, 925. <small>(Ohne Gewähr. — Musterschutz.)</small>

Stadthallen-Restaurant und weißer Saal
Sonntags: im vorderen Raum: Konzert, im weißen Saal: vornehmstes Kränzchen.
Mittwochs: Familienabend mit Tanz.
NB. Habe meine Lokalitäten für Gesellschaften und Festlichkeiten bestens empfohlen.

Kammerlichtspiele
Königstraße 25
Jeden Freitag höchst interessantes neues Programm

Alexander Krock :: Königstraße Nr. 47
Spezialgeschäft in
Lederwaren, Reisekoffern, Reise- und Damentaschen in reicher Auswahl.

Sporthaus Paul Gassmann
Telephon 2171 LUBECK, Breite Straße 83 Telephon 2171
Loden-Bekleidung
Vollständige Wander- und Sport-Ausrüstungen in sachgemäßer Ausführung, in erprobt bewährten Qualitäten.

Julius Stammer
Konditorei - Kaffee
Lindenstraße 15.

Lindenhof Näheres im Inseratenteil
Café Köpff
Vornehmstes Familien-Café
Lübeck, Breite Str. 89.

Spezialgeschäft für Schuhzeug und Bekleidung
Otto Schröder
Belauerhof 17.

Nur gute Schuhe
Schuhwarenhaus Auguste Popp sind billig!

Schuhwarenhaus von Ludwig Krell, Königstr. 44
Lager in Arbeiterstiefeln :: Feinste Maßanfertigung
Reparaturen, Leder-Ausschnitt.

Biete alle Arten
Schuhwaren
zu billigen Preisen an, da kleinen Laden und wenig Unkosten.
F. Lucht,
Kühsstraße 59.

53 Aegidienstraße 53
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten Garderobe, Pelzwerk usw.
53 Aegidienstraße 53

79 Fischergarbe (Börse)
Man kauft und verkauft am vorteilhaftesten Garderobe, Seemannsartikel, Pelzwerk
79
Börse Fischergarbe **79**